

Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Erscheint Sonnabends.

Abonnementspreis 1,00 Mark pro Quartal exkl. Postgebühren. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten, sowie die Expedition, Berlin S. 59, Kolonnenstraße 21.

Inserate
bro vierpaltige Belegseite 60 Pf., Stellengebote 40 Pf.; für Werbungsmitglieder 20 Pf.; Veranlagungsanzeigen z. 20 Pf. Privatanzeigen ist der Betrag beizufügen.

Nr. 7

Berlin, den 12. Februar 1910.

26. Jahrgang.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Diejenigen Zahlstellen und Gauen, die Geldkassetten wünschen zu den in unserem Rundschreiben vom 10. Dezember v. J. bekanntgegebenen Bedingungen, wollen die Bestellung bis spätestens 1. März an uns gelangen lassen.

2. Alle Gau- und Zahlstellenverwaltungen, die die Fragebogen für die Tarifstatistik noch nicht eingesandt haben, wollen das unverzüglich tun, da die betreffenden Fragebogen nur noch berücksichtigt werden können, wenn sie spätestens am 15. d. M. bei uns eingehen.

3. Nachstehend aufgeführte Mitgliedskarten bzw. Bücher sind den Inhabern abhandeln gekommen. Dieselben werden deshalb für ungültig erklärt und sind bei eventueller Vorzeigung anzuhalten und an uns einzusenden.

Nr. 58 322	ausgestellt für	Max Heinicke
" 60 695	" "	Max Claus
" 62 020	" "	Emil Kaiser
" 71 949	" "	Karl Ehret
" 79 091	" "	Martha Knobloch
" 81 212	" "	Diana Schneider
" 81 584	" "	Albert Ulrich
" 81 740	" "	Bauknecht Sommerfeld
" 85 842	" "	Alfred Reins
" 86 367	" "	Karl Zander.

Der Verbandsvorstand.

Wahlrechtsreform.

Die deutschen Gewerkschaften sind an der Gestaltung des Wahlrechts in Preußen sehr stark interessiert. Doch sie sind nur unpolitische Vereine, sie dienen lediglich wirtschaftlichen Interessen. Die gewerkschaftlichen Organisationen mischen sich darum auch in die politischen Wahlkämpfe nicht ein, sondern überlassen diese voll und ganz den politischen Wahlvereinen. Aber trotzdem sind auch die Gewerkschaften stark an dem Ausgang der Wahlrechtskämpfe, die jetzt in Preußen ausgebrochen sind, beteiligt. Ueber die Frage, warum sich auch der Gewerkschafter mit der Wahlrechtsreform befassen müsse, gibt ein Artikel in Nr. 17 der „Buchbinder-Zeitung“ von 1908 erschöpfende Auskunft. Wir referieren daraus nur kurz folgendes: Die gesetzgebenden Körperschaften, die Parlamente, beschließen über die Rechtsgrundzüge, die die Arbeitsbedingungen der Arbeiter regeln; ganze Arbeiterkategorien sind von der Landesgesetzgebung abhängig, die Eisenbahner, Land- und Forstarbeiter, die in häuslichen Diensten Beschäftigten unterliegen ihr. Die Ausführenden des Reichsrechts, die Justiz, die öffentliche Gesundheitspflege unterliegen den Landesbehörden. Eine ganze Reihe wichtiger Rechtsgebiete sind dem Reichsrecht entzogen und direkt unter Landesrecht gestellt worden, so das Unterrichtswesen, das Armenwesen, Gemeinde- und Wohnungswesen. Kurz, den Landesbehörden liegen Ausübung und Ueberwachung von Fragen ob, die den Arbeiter wirtschaftlich sehr stark berühren. Und darum muß sich auch der Gewerkschafter mit der Frage der Wahlrechtsreform beschäftigen, da sich ja ganz nach dem Ausfall der Reform sein Einfluß auf die Gestaltung all dieser

Dinge richtet. Auch aus noch anderen Gründen muß er das tun. Arbeiten doch seit langer Zeit die Drahtzieher der Unternehmer offen und geheim an einem Werk, das nichts mehr und nichts weniger bezweckt, als die vollständige Eroberung der politischen Macht und damit die Rechtslosmachung der gesamten Arbeiterschaft.

Die sozialpolitischen Maßnahmen des Reichstages und der Regierung haben es den Unternehmern angetan, die den Arbeitern jetzt zustehenden Rechte in bezug auf die Wahlen, die Freizügigkeit, das Vereins- und Versammlungsrecht und die Arbeiterschutz- und Versicherungsrechte sind ihnen ein Dorn im Auge. Man möchte alle diese Dinge am liebsten beseitigt wissen, die aufstrebende Arbeiterklasse soll zu Sklaven gemacht werden, mit denen das Unternehmertum nach Willkür schalten und walten kann. Aus der Artikelserie, die im Vorjahre von der „Deutschen Arbeitgeber-Zeitung“ über die Frage der politischen Organisation der Unternehmer veröffentlicht worden ist, lassen sich diese schwarzen Pläne anschaulich herauslesen. Anfänglich war beabsichtigt, eine reine Arbeitgeberpartei zu gründen, und der satfam bekannte Generalsekretär der Saarindustrie und Syndikus der Handelskammer in Saarbrücken, Dr. Alexander Tille, hat für eine solche Partei mächtig Stimmung gemacht. Der erste Anstoß zur Gründung einer Arbeitgeberpartei ging von Mitgliedern des Metallindustriellenverbandes aus. Kommerzienrat Rent-Matton, der stellvertretende Vorsitzende dieses Verbandes, brachte die Angelegenheit erstmals im März 1908 in einer Ausschussung des Vereins deutscher Arbeitgeberverbände zur Sprache. Herr Meuf hat aber bald erkannt, daß eine reine Arbeitgeberpartei eine Utopie ist, die nie verwirklicht werden kann. Er veranlaßte daher kurze Zeit nach seinem Vortrag an die Ausschussmitglieder ein Schreiben mit der Mitteilung, daß die geplante Organisation der gewerblichen Arbeitgeber nicht auf die Bildung einer neuen politischen Partei abziele. Später erklärte er in der „Arbeitgeber-Zeitung“, daß er von vornherein von der Schaffung einer reinen Arbeitgeberpartei Abstand genommen habe, weil andere Berufsstände, mit Ausnahme der sozialdemokratischen Arbeiter, auch noch keine politischen Parteiparteien gebildet haben.

Aber der Gedanke eines „Bundes der gewerblichen Arbeitgeber“ zum Zweck der Sicherung einer entsprechenden Vertretung in den parlamentarischen Körperschaften und beifolgs Gewinnung von Einfluß auf die sozialpolitische Gesetzgebung wurde eifrig weiter erwogen, und bei Groß- und Kleingewerbetreibenden wurde hierfür Stimmung gemacht. Und so hat sich denn der „Zukunftsmann“ der Scharfmacher, so hat sich der „industrielle Wahlfonds“ gebildet, weil „das Unternehmertum in beispielloser Weise von der Regierung und den Reichstagsparteien mißachtet worden sei, weil diese verlegende Nichtachtung das Ansehen des Unternehmertums in der öffentlichen Meinung herabbrückt und die gewerblichen Interessen der Unternehmer sowie in weiterer Folge auch die nationale Gesamtheit empfindlich geschädigt wird.“

Inwiefern die Saat der Meuf, Tille und Storkorten schon Früchte getragen hat, das sieht man ja heute, wo man den Wechselbalg von Wahlrechtsreform vor sich hat. Denn was da wieder dem Volke präsentiert wird, das ist schlimmer als ein Wechselbalg, das ist eine ganz niederträchtige Miß-

achtung der Forderungen des Volkes, der Forderungen, für die das preussische Volk bereits Blut gelassen hat. Wie sieht denn die „Reform“ aus, die in so pompösen Worten in der Thronrede angekündigt wurde? Die Veränderungen bestehen in folgendem: An die Stelle der indirekten Wahl durch Wahlmänner tritt die direkte Wahl. Die drei Klassen bleiben, werden aber in ihrer Zusammenfassung geändert. Steuern werden nur bis zum Gesamtbetrag von 5000 Mk. angerechnet; was darüber hinausgeht, bleibt außer Anschlag. Man will dadurch den Zustand beseitigen, daß sehr reiche Leute allein oder zu zweien die erste resp. zweite Wählerklasse bilden können. Der Einfluß von „Bildung und Besitz“ ist in der Weise „gesichert“, daß „höhere Bildung“, „erweiterte Berufserfahrung“ und „berufsdienstliche Tätigkeit im öffentlichen Leben“ einen Vorzug genießen. Und zwar in folgender Weise: Personen mit abgeschlossener Hochschulbildung, Mitglieder des Reichs- und Landtags, Inhaber von Ehrenämtern der kommunalen Selbstverwaltung, Personen, die im Meer oder in der Marine als Offiziere gedient haben, rücken dadurch in die nächsthöhere Abteilung ein als die ist, in die sie ihrer Steuerleistung nach gehören dürfen. Es fallen darunter: die unbefohlenen Bürgermeister, die Beigeordneten und die Mitglieder der Magistrate nicht kreisfreier Städte; ferner die Amtmänner in Bezirken und die Amtsvorsteher in den übrigen preussischen Provinzen. Wären diese Leute auf eine mindestens zehnjährige Tätigkeit zurück, so bekämen sie das erhöhte Stimmrecht auf Lebenszeit. In die zweite Wählerabteilung rücken diejenigen Wähler der dritten Abteilung ein, welche mit mindestens 1800 Mk. zur Staatseinkommensteuer veranlagt sind und entweder seit 15 Jahren das Einjährig-Freiwilligen-Zeugnis besitzen oder seit wenigstens fünf Jahren ununterbrochen die Berechtigung zur Anstellung im Zivildienst auf Grund wenigstens zwölfjährigen militärischen oder gleichgestellten Dienstes oder die Berechtigung zur Anstellung im Forstdienste besitzen. (!)

Der Sinn dieser Bestimmungen ist klar: das abhängige Heer der kleinen Beamten, das, wie der Stollwitzer Fall erst jetzt wieder bewiesen hat, sofort gemäßigert wird, wenn es nicht so wählt, wie die Junkerclique in der Regierung will, soll aus der dritten in die zweite Klasse hinübergehoben werden. Dadurch wird sein Einfluß gestärkt und der Einfluß der dritten Klasse, aus der man augenscheinlich alle nichtsozialdemokratischen Wähler herausziehen will, wird verringert. Auch die ganz hervorragende Bevorzugung des „bunten Kodes“ ist augenfällig und es scheint, als wenn man gerade dadurch dem elenden Proletenpad, das man durch diese „Reform“ in die dritte Abteilung isoliert glaubt, seine absolute Mißachtung kundgeben wollte. Und will's der Teufel, kurz vorher mußte der edle Januschauer seine aufreizende Anfechtung vom Leutnant mit den zehn Mann fallen lassen, der das Schmen der Junker befriedigen sollte. Zum mindesten bleibt's ein sonderbares Zusammenreffen, des Januschauers fatter Sohn und der Wahlrechtsreform ganze Niedertracht. Selbst gut bürgerliche Blätter sind des besitzenden Spottes voll über die Beförderung des ehemaligen Unteroffiziers in die zweite Klasse — nicht etwa des Soldatenstandes — sondern des Staatsbürgers.

„Man wird uns nicht in Verdacht haben, daß wir die Wahlrechtsvorlage des Majors v. Bethmann Hollweg nur deshalb beanstanden, weil sie eine geradezu ungläubliche Menge von Fehlern, Entstellungen, Verdrehungen und Fallstricken enthält. Sie muß vielmehr jedem vernünftig und anständig empfindenden Menschen wegen ihrer volksschädlichen Tendenzen wider den Strich gehen. Deshalb sei ohne weiteres zugegeben, daß uns die Bethmannsche „Reform“ genau noch so unannehmbar erscheinen würde, wenn die „Unstimmigkeiten“, von denen weiterhin gesprochen werden soll, sich nicht in ihr finden würden. Aber man darf doch von diesen kleinen Schönheitsfehlern sagen, daß der Abscheu gegen das ganze Machwerk dadurch vermehrt werden dürfte.“

Die gute bürgerliche Presse ist es, die solche Urteile über das neueste Kunstprodukt preussischen Polizeigeistes fällt. Mit und in dieser Wahlrechtsvorlage feiert die brennische Reaktion wieder einmal wahre Orgien. Sie giebt ihren ganzen Vorrat an sprudelndem Hohn auf die Entrechteten, die jetzt vollkommen isoliert in die dritte Klasse zurückgedrängt, dort zur absoluten Ohnmacht verdammt sind. Aber nicht ruhig wird diese den neuesten Schimpf hinnehmen. Der Wahlrechtskampf hat schon warmes Arbeiterblut gesehen und das soll nicht vergeblich geflossen sein.

Die Gewerkschaften als Marktregulator.

Im „Correspondenzblatt“ der Generalkommission veröffentlicht W. Düw II, Berlin, einen Aufsatz, der in guter Weise den regulierenden Einfluß der gewerkschaftlichen Organisationen zum Ausdruck bringt. In dem Artikel, den wir unseren Mitgliefern nicht vorenthalten wollen, schreibt Düwell: „Die Verteidiger der Kartelle, Trusts, Syndikate usw. sprechen diesen die Funktion als Marktregulator zu. Die Tendenz der Produzentenorganisationen wirkt aber, wenigstens teilweise, krisenverschärfend. Das weiß jeder Beobachter der Wechselbeziehungen im Wirtschaftsleben. Wenn z. B. eine exportierende Verfeinerungsindustrie, unter dem Druck der Preisgestaltung am Weltmarkt, die Verkaufspreise herabsenken muß, sie selbst aber das benötigte kartellierte Rohmaterial nicht billiger bekommt, vielleicht gar noch teurer bezahlen muß, dann wird für sie die Krise durch die Kartellpolitik verschärft. Die besonders während der Zeit wirtschaftlichen Rückganges sich mehrenden Klagen aus der Eisenindustrie, über die schädliche Preispolitik des Kohlenyndikats und des Stahlwerksverbandes, beweisen, daß es sich dabei um einen Uebelstand handelt, der das ganze Wirtschaftsleben in großem Umfange und in erheblicher Weise beeinflusst. Die zweckgewollt der Profitsteigerung nachgehenden Kartelle suchen die gegebene Konjunktur ohne Rücksicht auf die Gesamtwirtschaft auszunutzen. Daher die von keiner Erwigung über andere Interessen gemilderte Preissteigerung, und bei starker Nachfrage, eine bis zum äußersten forcierte Produktion. Um die Gelegenheit, bei hochgepannten Preisen die Profitrate zu steigern, gründlich auszunutzen, wird versucht, sowohl durch intensive als auch extensive Ausnutzung der motorischen und mensch-

lichen Arbeitskraft, die Produktion zu erhöhen. Einlegung von Ueberstunden und Ueberstunden soll es ermöglichen, in kürzerer Zeit eine größere Warenmenge auf den Markt zu werfen.

Die Konkurrenz in der Preisgestaltung wird von der Produktionsorganisation ausgeschaltet, um so schärfer läßt sie den Kampf um den größeren Anteil an der Gesamtarbeitsmenge entbrennen. Das löst den stärksten Anreiz zur reiflosen Ausbeutung aller Arbeitsenergien aus, ist ein Hauptmotiv bei der Einlegung von Ueberstunden. Der Profit wächst ja für den einzelnen Unternehmer mit der in einer gewissen Zeit hergestellten Warenmenge. Für die nicht kartellierten Industrien ist die Konkurrenz in dieser Beziehung ein noch stärker treibender Faktor als bei jenen. Es stellt ihnen die in gewisser Beziehung begrenzend wirkende Gebundenheit der Beteiligungsquoten, wie wir sie bei den Kartellen meistens vorfinden. Daß bei ungemessener Ausbeutung der Arbeitskraft und der dadurch herbeigeführten Produktionssteigerung der vorhandene Arbeitsstoff schneller erschöpft ist als bei normaler vernünftiger Erzeugung, liegt auf der Hand. Der äußere Affekt der anarchoistischen Produktionssteigerung ist das schnellere Hineingleiten in die Periode des wirtschaftlichen Rückfalles und der Krise. Der Arbeiter hat auch längst gemerkt, daß die durch Ueberarbeit vermehrte Erzeugung und Lohnneinnahme eine starke Neigung auslöst, die Lohnkosten pro Arbeitseinheit oder Stückzahl zu vermindern.

Zwei Schabenwirkungen sehen wir so aus der kapitalistischen Tendenz in der Gütererzeugung sich herausheben. Die Konzentration der Warenproduktion auf kurze Zeit, die Ablösung von Hochkonjunktur durch Perioden der Arbeitslosigkeit, und die Verkürzung der Löhne widerspricht dem Interesse der Arbeiter. Ihre Organisationen haben demgemäß auch die Aufgabe, den unrisikoreichen Schäden entgegenzuwirken. Das tun sie, sowohl durch ihre Gesamttendenzen, wie auch infolge spezieller Maßnahmen. Und diese Einwirkung auf den ganzen Wirtschaftszusammenhang kann nicht leicht zu hoch bewertet werden. Weil sie sich mit der Elle nicht messen, nicht in ihrem Ausmaß mathematisch berechnen läßt, wird sie bei der Erörterung über Zweck und Nutzen der Gewerkschaften leider viel zu wenig gewürdigt. Dieser Wert der gewerkschaftlichen Arbeit darf manchem betonten Vorteil, der in Fennigen dargestellt werden könnte, weit überordnet werden.

Wegen ihrer größeren Anschaulichkeit, weil sie dem verstandesmäßigen Erfassen näher liegen, werden in der Agitation die rechnungsmäßig leicht zu demonstrierenden Erfolge der Gewerkschaften naturgemäß stark in den Vordergrund gehoben. Der Kultur- und Sozialhistoriker, nicht beeinflusst von der Unmittelbarkeit der Tageskämpfe und -Bedürfnisse, wird aber sicherlich finden, daß die Milderung der kapitalistischen Widersprüche, die in den abwechselnden Krisen und Hochkonjunktur ihren markanten Ausdruck finden, als das Hauptverdienst der Gewerkschaftsarbeit angesehen werden müsse. Aus dem Chaos der Wechselwirkungen im Wirtschaftsleben schält sich dann auch klar erkennbar die Tatsache heraus, daß die weniger beachtete Allgemeinwirkung der gewerkschaftlichen Arbeit eine der Hauptvorbedingungen der Erfolge auf dem Gebiete der Arbeitsverhältnisse war und diese wieder rückwirkend die Gegenläufe: Hochkonjunktur und Krise, abschwächte. In der Folge

wird von den Gewerkschaften auch viel mehr bewußt in dieser Richtung gearbeitet werden. Der größere Rahmen, in dem das geschieht, die schärfere Betonung des Zweckes, vermittelt dann auch in stärkerem Grade das Bewußtsein von der hohen Bedeutung dieser Seite gewerkschaftlicher Arbeit.

Mancher steht ja den Vollerfolgen mit einer gewissen Skepsis gegenüber, weil diese, wenigstens zum Teil, durch politische Maßnahmen wieder ausgeglichen werden. Ob und in welchen Grenzen die Zweifel an weiteren Erfolgen auf dem Gebiete der direkten Lohnerhöhungen Berechtigung haben, darüber soll hier nicht getritten werden, das aber kann man wohl mit allem Nachdruck konstatieren: es wird sich kaum jemand finden — ausgenommen natürlich die Schatzmacher und ihre Trabanten —, der die marktregelnde Wirkung einer starken, ganze Industrien umfassenden Gewerkschaftsarbeit leugnen könnte. Diese Wirkung liegt ja auch sonnenklar zutage.

Auf den Widerspruch des Wertschöpfens in der Produktion und unfreiwilliger Mühe für viele tausende Proletarier ist schon hingewiesen worden. Auch auf die Motive, die sowohl den Arbeiter als auch den Unternehmer bestimmen, das schädliche Ueberstundenunwesen und die forcierte Produktionssteigerung, in deren Schoß wieder die ruindöse Krise herarrt, mitzumachen. Der einzelne Unternehmer kann sich den treibenden Kräften nicht widersetzen. Er würde einfach überannt, wollte er auf die Ausnutzung der guten Konjunktur verzichten. Es klingt auch sehr plausibel und ist in dem begrenzten Rahmen richtig, wenn ein Unternehmer zu seinen Arbeitern sagt: wir müssen die gute Gelegenheit ausnützen, sonst nehmen uns die anderen die Arbeit fort und wir haben das Nachsehen! Der einzelne ist den Verhältnissen gegenüber eben machtlos. Daher das Bestreben aller, in möglichst kurzer Zeit möglichst viel Ware herzustellen, um den eigenen Anteil an dem Gewinn aus der Gesamtproduktion möglichst hoch zu gestalten.

So sind vereinte Kräfte am Werk, um das Bedürfnis nach Waren schnell zu befriedigen. Die forcierte Produktion löst dazu die Kräfte aus, die die Unternehmungslust zurückdrängen. Die Preise schnellen in die Höhe, das Leihgeld wird teurer, die Nachfrage bleibt aus, der Wirtschaftszusammenhang gerät ins Stoden. So ist die vernunftwidrige, die technische und physische Arbeitskraft bis zum Erzeß anspannende Produktion eine der direkt und indirekt wirkenden Hauptfaktoren der nachfolgenden Krisen.

Das Unternehmertum kann nicht aus sich heraus die kapitalistische Tendenz überwinden, die den Prozeß der Gütererzeugung und -Verteilung als fortgesetzte Wiederholung von Ueberspannung und Erschlaffung sich abwickeln läßt. Ein anderer Faktor, mit anderen als kapitalistischen Interessen ist dazu erforderlich. Und das ist die Gewerkschaftsbewegung! Es überstrebt der Aufgabe der gewerkschaftlichen Organisation, es liegt nicht in ihrem Interesse, wenn ihre Mitglieder für eine kurze Zeit Raubbau an ihrer Arbeitskraft treiben und nachher als Arbeitslose unfreiwillig feiern müssen. Sie richtet daher ihre Aufmerksamkeit auf die Regelung der Arbeitszeit, kämpft gegen das vernunftwidrige, in jeder Beziehung schädliche Ueberstundenunwesen. Das geschieht durch Begrenzung der normalen täglichen Arbeitszeit, durch Forderung von Lohnaufschlägen für Ueberstunden usw. Je mehr die Gewerk-

Glattels.

Von Ernst Prezzang.

(Nachdruck verboten.)

Am Abend war ein lauer Wind durch die Gassen gegangen, bis es von allen Dächern tropfte. In der Nacht schlug das Wetter um, und am Morgen lagen die Trottoirs spiegelblank, lebensgefährlich für den unsicheren Fuß. Die Jugend glittschte jauchzend auf den gefrorenen Steinplatten zur Schule und lachte über die postlerischen Eierträger auf den Trottoirs. Die ganze Würde der Erwachsenen ging flöten in dem trampfhaften Bemühen, sich aufrechtzuhalten. Else, die schlauke Else mit dem sonst so elastischen Schritt, sah neidisch den Glittschenden zu, als sie ins Geschäft ging, um den Tag über Bänder, Knöpfe, Nadeln und dergleichen zu verkaufen. Früher wars doch schöner, dachte sie. Und schüchtern versuchte sie es, zu gleiten wie ehemals — wenn niemand in der Nähe war. Ehemals? Kaum zwei Jahre, daß sie den kurzen Rock mit dem langen bertauscht hatte! Und nun immer gehen wie ein Stock — gräßlich!

Else glitt plötzlich aus und wäre gefallen, hätte nicht ein Arm sie gehalten.

„Haben Sie sich erschrocken?“ fragte eine teilnehmende Stimme.

„Ja.“ Else zitterte noch vor Schreck. Und sie setzte flüsternd hinzu: „Danke schön.“

„Oh, es ist gern geschehen“, lachte der Fremde, daß die weißen Zähne unter dem schwarzen Schnurrbart ordentlich blühten. „Ein gefährliches Wetter, wie?“

„Ja.“ Das Mädchen getraute sich gar nicht aufzusehen.

„Sie müssen recht fest auftreten“, rief der Helfer. „Sehen Sie: so!“ Und er marschierte mit hallendem Tritt ein wenig voraus.

Else nickte.

„Zur Vorsicht will ich aber doch lieber an Ihrer Seite bleiben. Wenn Ihnen etwas passierte, ich würde mir den größten Vorwurf machen. Glauben Sie, Fräulein?“

„Oh.“ Else atmete schwer. Es schoß ihr heiß ins Gesicht. Dabei froz sie eigentlich in dem dünnen Anhang. Und sie dachte: Wenn ich jetzt so losglittschte könnte!

„Rufen Sie Schlittschuh?“ fragte der Begleiter.

„Ach ja. Gern.“

„Können Sie holländern? So?“ Seine langen Beine beschrieben kühne Bögen.

Else mußte lachen. „Nein. Das holländern kriegt ich nicht raus.“

„Müssen Sie lernen. Unbedingt! Ach, ich sage Ihnen: so elegant dahinzuschlittern — womöglich Hand in Hand — prächtig! Wissen Sie was, Fräulein: wir laufen mal zusammen. Das macht einen Heidenpaß!“

„Mein Vater erlaubt's nicht.“

„Das ist sehr vernünftig von Ihrem Herrn Vater. Ich traue den Menschen auch nicht, Fräulein. Aber wenn er mich kennen würde, er hätte gewiß nichts dagegen. Oder sehe ich nicht anständig aus?“

Else ließ unwillkürlich den Blick emporgleiten an dem Herrn. „O doch. Sehr sogar“, meinte sie aufrichtig.

„Na also. Wir treffen uns am Sonntag nachmittag vor'm Tor, bei der großen Eisbahn, wie?“

„Ich habe keine Schlittschuhe“, log sie.

„Wenn's weiter nichts ist! Ich berechne Ihnen ein Paar. So niedliche silberne.“

„Silberne?“ Else erstarrte. „Gibt's auch silberne Schlittschuhe?“

„Ei! Und ob! Die bligen, sage ich Ihnen. Man fährt wie von selbst dahin.“ Sie gingen an einem Pelzwarenlager vorbei. Er zog das Mädchen zum Fenster. „Sehen Sie mal: die reizenden Kostüme. Da, das Modell „Eisbahn“ — müßte Ihnen großartig stehen.“

Else sah verlanend nach den schönen Sachen. Und sie stellte es sich vor: auf silbernen Schlittschuhen, mit Pelztragen, Varetz und Muff — Hand in Hand mit dem großen eleganten Herrn — bei den Klängen einer Konzertschallkapelle dahinzuschlittern. . . .

„Soll ich's Ihnen schenken, Kleine?“ Er hob ihr das Kinn. „Wie hübsch müßte sich Ihr Gesichtchen machen!“

Else stand ganz verwirrt. Wie das lockte! . . .

„Ach muß ins Geschäft“, flüsterte sie und wandte sich ab von dem verschundenen Blick.

schaft erkräftet und das Tarifvertragsverhältnis ausgebaut wird, um so mehr wird sie auch Gewicht darauf legen, Vorzüge zu treffen, daß bei Mangel an Beschäftigung nicht einzelne Leute entlassen, sondern die notwendige Einschränkung rationell, vielleicht etwas nuanciert, sich auf die Gesamtheit der Arbeiter verteilt. Diese Einrichtung wirkt genau so wie der Höherbezahlung von Ueberstunden der forcierten Gütererzeugung für kurze Perioden entgegen.

Natürlich gilt auch hier, was man von allen Energien sagen kann: die Quantität bestimmt die Qualität! Als allgemeiner wirtschaftlicher Faktor, als Beeinflusser des gesamten Wirtschaftsapparates, erlangt die unruhige gewerkschaftliche Arbeit erst dann Bedeutung, wenn sie für einen größeren Umfang der Gütererzeugung Geltung erlangt. Die erwähnten Maßnahmen nur auf einige Unternehmer aus den verschiedenen Industriezweigen übertragen, bedeutet nicht viel mehr, als die Wirksamkeit der schädlichen, zu Ausschweifungen treibenden Tendenzen auf die anderen zu erhöhen. Die Einwendungen, die man gegen die Begrenzung der ungehemmten Ausnutzung der Konjunktur erheben könnte, verlieren an Berechtigung, je größer die Summe der von der gewerkschaftlichen Regelung erfassten Produktion. Und je breiter die Basis, auf der die Gewerkschaften sich nach dieser Richtung international verständigen, um so mehr müssen auch die Einwendungen verstummen, die man aus angeblich nationalem Interesse gegen eine vernunftgemäße Regelung der Produktion, mittels gewerkschaftlicher Einwirkung, erhebt.

Es kann uns natürlich nicht befallen, unterstellen zu wollen, durch das Gewerkschaftswert würden die kapitalistischen Tendenzen, die im Wirtschaftsleben als Widersinnigkeiten zur Geltung kommen, aufgehoben. Aber sie werden, und zwar im Verhältnis zur Stärke der Gewerkschaften, abgeschwächt; die klaffenden Gegensätze zwischen Hochkonjunktur und Krise werden abgestumpft. Dieser Wirkung planmäßiger Arbeit kann sich kein Einsichtiger verschließen. Sie wird auch dem wenig reflektierenden, nur das Sinnensällige wahrnehmenden indifferenten Arbeiter bemerkt. Unter diesem Gesichtswinkel betrachtet, charakterisiert sich die Gründung und Förderung von Personalerorganisationen nicht nur als eine direkte Schädigung der Arbeiter, sondern auch als Hindernis bei der Regelung des ganzen Produktionsprozesses.

Den Anschein, den wir in vorstehendem auf die gewerkschaftliche Arbeit, deren volle Entfaltung erst nach der Zukunft angehört, eröffnen, hebt die Bedeutung der Gewerkschaft wohl über das Niveau kleinlicher Tagesgeplänkel hinaus. Auf dem geeigneten Gebiet leisten die Gewerkschaften durch ihre Gesamtwirkung zweifellos bedeutungsvolle Kulturarbeit. Diese Kulturarbeit rechtfertigt ihren Anspruch auf die Mitarbeit aller, sie ist des einfachsten ernststen Willens und rastlosen Strebens wert.

Da wir uns anscheinend wieder auf dem Wege zu einer Hochkonjunktur befinden, mag im Anschluß und in Verbindung mit dem Gesagten noch auf eine unangenehme Erscheinung bei solchem Konjunkturwechsel hingewiesen werden. Manche Leute, die während der Krise gern die gewerkschaftlichen Unterstützungseinrichtungen in Anspruch nahmen, glauben, wenn am Arbeitsmarkt wieder stärkere Nachfrage sich bemerkbar macht, der gewerkschaftlichen Organisa-

tionen entraten zu können. Sie richten sich schon darauf ein, durch Leistung von Ueberstunden einen Teil des infolge vorausgegangener Arbeitslosigkeit erlittenen Ausfalles wieder einzuholen. Sie sollten einsehen, daß sie sich selbst und die Gesamtheit der Berufsgenossen betrogen. Indem sie die Gewerkschaft schwächen und die anarchisierende Produktionssteigerung fördern helfen, stärken sie naturgemäß das auf Lohnbrüderlei gerichtete Bestreben des Kapitals und sie sind mit am Werke, schneller wieder den Zustand der Krise, des Arbeiterüberflusses, herbeizuführen. Arbeitslos geworden, können sie sich dann als das Opfer ihrer eigenen Gedankenlosigkeit, ihres engherzigen Selbstinteresses betrachten. In dieser Tatsache, in der Erkenntnis, daß der Beitritt zur gewerkschaftlichen Organisation das beste Mittel ist, den Grad der Beschäftigungslosigkeit abzuschwächen, müßte gerade für die noch Unorganisierten der stärkste Anreiz liegen, endlich den lang vernachlässigten Schritt zu tun. Sie sind es ja, die am stärksten, am louchigsten von der Geißel der Arbeitslosigkeit betroffen werden.

Schon bisher haben die Gewerkschaften Großes, Ersprießliches für die Arbeiterchaft geleistet; als Marktregulator werden sie in Zukunft noch Größeres, Wichtigeres, Bedeutungsvolleres vollbringen. Nur eine Bedingung ist zu erfüllen: der Kreis der von ihnen umfaßt sein muß noch erheblich vergrößert werden, damit die Summe der von der Gesamtbewegung beeinflussten Produktion erweitert wird. Sei es aller Sorge, diese Vorbedingung zu erfüllen.

Der Schutzverband der Steindruckerelbesitzer als Friedensstörer.

Wie unseren Lesern bekannt ist, sind in München und Nürnberg Differenzen ausgebrochen, und zwar darum, weil in München der Generalsab des Schutzverbandes störend dazwischen fuhr, als seitens des graphischen Kartells — Buchbinder, Hilfsarbeiter und Steindrucker — ein Tarifvertragsentwurf an die Schutzverbandesfirmen auf deren Wunsch eingereicht wurde, während er in Nürnberg die faktisch bekannte Arbeits- alias Judthausordnung einzuführen suchte. Aber die Arbeiterschaft beider Städte läßt sich nicht als willenlose Schachfiguren behandeln, und in Nürnberg sowohl als in München wurden Ueberstunden und das Nachholen der durch die neue Gewerbeordnungsnovelle bewirkten verkürzten Arbeitszeit an Sonnabenden verweigert. Darum sollte der Berliner Generalsab des Scharfmacherverbandes wiederum als deus ex machina die widerspenstigen Bayern zur Reize bringen und ihnen klarmachen, daß es für sie keine „Reservatrechte“ gebe. Er lud daher Vertreter des Steindruckerverbandes zu sich, um über eine gemeinsame Sitzung der Vorstände des Schutzverbandes, des Steindrucker-, des Hilfsarbeiterverbandes und — nein, den Buchbinderverband wollte man nicht haben — sich zu verständigen.

Der Vorsitzende des Steindruckerverbandes, Sillier, lud zwar den Hilfsarbeiterverband zu dieser Sitzung ein, nicht aber unseren Verband. Letzterer hat aber gar keine Veranlassung, sich so ohne weiteres ausschalten zu lassen in einer äußerst wichtigen Angelegenheit, wo viele hunderte, ja tausende unserer Mitglieder mit in Frage kommen, und so wurde daher vom Hauptvorstand der Kollege Kloth,

von München Kollege König und von Nürnberg Kollege Weinsläder zu jener gemeinsamen Sitzung mit dem Schutzverbande, die am Donnerstag, den 3. Februar, zu Berlin im Hauptquartier des Schutzverbandes stattfand, beordert. Von den anderen Verbänden waren anwesend Genossin Thiede und Rucher-Berlin, Schmidt-München und Neuling-München vom Hilfsarbeiterverband, und Sillier und Lange-Berlin, Schumann-München, sowie Reiß-Nürnberg vom Steindruckerverband. Vom Schutzverband waren anwesend die Herren Wundsch, Hamburger, Gehmann-Berlin, Meyer, Tüngler, Depfer-München und Richter-Nürnberg.

Herr Wundsch, zweiter Vorsitzender des Schutzverbandes, führte anstatt des erkrankten 1. Vorsitzenden Dr. Gerschel, seines Zeichens „freiwilliger Landtagsabgeordneter“, den Vorsitz, und er legte dar, daß der Schutzverband am 29. Januar in Nürnberg bestimmte Beschlüsse gefaßt, die er zur Durchführung bringen werde, über die er aber trotzdem eine Verständigung mit der Arbeiterschaft bezw. deren Vertreter wünsche. Allerdings müsse er zunächst darauf bestehen, daß der durch Kontraktbruch des Personals in der Kunstanstalt „Graphia“ in München inszenierte Streik sofort aufgehoben werde, bevor über weiteres verhandelt werde. Man solle sich daher lediglich auf den Konflikt in der „Graphia“ beschränken, der mit der Arbeitsordnung des Schutzverbandes nichts zu tun habe, da ja in München dieselbe gar nicht ausgehängt sei. Durch einen langen Briefwechsel mit der Firma „Graphia“ sollte nun der Beweis erbracht werden, daß dort Vertragsbruch seitens der Steindrucker und Hilfsarbeiter vorgekommen sei, während in Wirklichkeit der Direktor Meyer von der „Graphia“ das weiterarbeitende Personal der Steindruckerlei kurzerhand entlassen hatte, und dann erst das zu einer Betriebsversammlung zusammengebesene Personal der Umbruderei auch die Arbeit nicht wieder aufnahm.

Zu langen Ausführungen drehte sich der Streit beider Parteien nun darum, wer der Friedensstörer im Gewerbe sei. Die Schutzverbänder erklärten natürlich die Arbeiterverbände für den Wolf, der dem armen Lamm Schutzverband das Wasser getrübt habe. Die Arbeitervertreter konnten aber mit viel besseren Gründen auf den Schutzverband als Friedensstörer hinweisen, der durch seine famose Arbeitsordnung, wie sie kaum der Arbeiterschaft auf den ostelbischen Gütern zugemutet werde, den Frieden gestört habe. Wolle der Schutzverband den Frieden, so müsse er dem Sinne der Gewerbeordnung Rechnung tragen, die einen freien Arbeitsvertrag zwischen gleichberechtigten Vertragschließenden vorsehe, und woraus unter den gegebenen Verhältnissen ohne weiteres Tarifverträge resultierten, die aber von dem Schutzverband grundsätzlich abgelehnt würden. Wolle er den Frieden, dann dürfe er auch nicht mit solchen Arbeitsordnungen kommen, die die Arbeiter und Arbeiterinnen zu rechtlosen Hörigen herabwürdigten, sie in ihrer Arbeiterehre kränken und deshalb diese furchtbare und sehr berechtigte Erregung hervorgerufen haben.

Nach dieser ergebnislosen Aussprache zogen sich die Schutzverbänder zu einer Sonderberatung zurück und gaben nach Verlauf derselben folgende Erklärung ab:

Auf das Verlangen nach Tarifen kann der Schutzverband nicht eingehen, weil er prinzipiell solche nicht abschließt. Die mit dem Senefelder-

Der Fremde blieb nahe an ihrer Seite. „Seien Sie doch vernünftig, Fräulein. Was ist denn weiter dabei? Ihr Vater braucht's ja nicht zu wissen. Ja?“ Er beugte sich dicht zu ihrem Ohr nieder und preßte ihre Hand. „Kommen Sie am Sonntag nachmittag.“ „Sie sah plötzlich auf — mit großen Augen, prüfend fast, sah den Blick des Fremden, riß sich los und lief davon. . .“

Die Kunst dem Proletariat!

Im Januarheft von „Nord und Süd“ schreibt Max Osborn unter dem Titel „Arbeiterkunst“ über die Ausstellung des Dr. Lebenstein in Berlin. Dieser bürgerliche Verfasser ist hingerissen von dem „unerhörten Reichtum und der Welt der stürmischen, leidenschaftlichen Sehnsucht von ergreifender Schönheit“, die sich in der Ausstellung offenbart. Da schildert er den „himmelshohen Unterschied“ zwischen diesem „fremden“ Volke und das von der Bourgeoisie ungeachtete Sehnen und Drängen nach heiliger Kunst in den Sklaven der Arbeit. Wahre Worte schreibt das bürgerliche Blatt, indem es die Kunst ausmalt, welche die Herrschenden von dem „fremden Volke“, das sich uns finster verschließt, trennt. Unüberbrückbar nennt sie der Verfasser. Dann schildert er den Bericht des Dr. Lebenstein, der all diese Kunstschätze der Arbeiterschaft gesammelt hat und in dem es heißt, daß er (Lebenstein) die Exemplare künstlerischer Betätigung lediglich in

den Kreisen der „sozialdemokratisch“ organisierten Arbeiterschaft angetroffen habe, daß die sogenannten christlichen Verbände gegenuber seinen Forschungen in diesem Punkte stumm blieben.“

Arbeiter, Kollegen! So urteilt ein bürgerliches Blatt! Der Sozialismus ist das Ideal, welches die Arbeitermassen aufrüttelt und antreibt zu künstlerischem Schaffen! So urteilen bürgerliche Schriftsteller und Psychologen! Halte ihnen dieses Urteil entgegen, den Heuchlern und Feinden unserer Weltanschauung. Und noch eins: Unter den Illustrationen, die diese Zeitschrift bringt, befinden sich vier Kunstblätter der Arbeiter-Künstler. Auch einer unserer Kollegen, Heinrich Wilfer, Friedrichshagen, ist mit einem Delbilde „Märkischer See“ vertreten. Dann folgt ein 20jähriger Lithograph mit einer Zeichnung. Ferner das Selbstporträt eines Hafensarbeiters, und als vierdes die Zeichnung eines Dresdener Tischlers. Die hervorragenden Kunstleistungen beweisen wohl am besten die Aufnahme in diese Zeitschrift, in der wohl zum ersten Male Arbeiter-Künstler verzeichnet sind. Und nun, Kollegen! Ich verlange nicht, daß ein jeder jetzt „künstlerisch“ werden soll. Aber Ihr, die Ihr tief im Busen ein Sehnen und Drängen habt, geht aus Euch heraus! Der Schlagbaum muß fallen! meint der obige Verfasser in

„Nord und Süd“, damit wir Arbeiter zum Bürgertum „hinaufsteigen“. Kollegen! Dieser Schlagbaum wird niemals fallen. Aber wir selbst sollen uns freimachen und schaffen. Ueberlast nicht die Kunst der fatten Bourgeoisie, denn die hehre Göttin verlangt bessere Hüter. Schirmt und achtet die Kunst und schart Euch um sie zusammen. Und Ihr, die Ihr eine Kraft in Euch verspürt: daheim im Stübchen schüttet sie aus. Nicht praßeln und prunken, aber Eure Wappen sollen für Euch reden. Sammelt Eure Werke, ob der Pinsel oder die Feder sie geschaffen, sammelt sie, damit wir den herrschenden Klassen einen Beweis unseres „Gottesgnadentums“, eine Ehrfurcht vor unseren schweligen Händen bringen. Und Du, Philosoph im Arbeitskittel, der Du eigene Gedanken hast über Welt und alles, was mit ihr zusammenhängt, nicht das Wirtschaftsverschleiß Deine Gräbelzeiten. Daheim im Stübchen weißt Du wohl Papier und etwas Tinte. An Euch alle, vom Tageswerk des Alltags Gebrückte, geht dieser Ruf, daß Ihr Eure Stirnen stolz zu den Sternen erhebt. Der Anfang ist gemacht. Die Bourgeoisie steht vor einem „Rißel“. Zeigen wir ihr, daß ein neues Leben aus ihren Ruinen entstehen wird. Das ist nicht zuletzt die Aufgabe des völkerebefreienden Sozialismus.

Wellingholzhausen. Franz Winkmann.

bund im Jahre 1906 getroffenen Abmachungen werden gehalten, und deren Bestimmungen erklärt der Schutzbund für genügend und ausreichend. Bezüglich der Buchbinder und des Hilfspersonals erklärt sich der Schutzbund bereit, mit den Vertretern dieser beiden Gruppen in eine Revision der in den Jahren 1907 und 1908 vereinbarten Lohn- und Arbeitsbedingungen einzutreten.

Der Schutzbund erkennt an, daß die Hauptursache der Erregung unter den Arbeitern in der Einführung der Arbeitsordnung liegt und erklärt, daß er nicht beabsichtigt, mit der Arbeitsordnung den Arbeitern „etwas Böses anzutun“ (wörtlich). Die Bestimmungen sollen lediglich im Notfall gegen renitente Leute angewendet werden.

Anfolge der herbeigerufenen Erregung ist der Schutzbund bereit, über eine entsprechende Abänderung des § 31 und der Bestimmung über die Angaben der „früheren Löhne“ zu verhandeln. Im übrigen würde die Arbeitsordnung bestehen bleiben.

Der Schutzbund macht aber zur Bedingung, daß die Arbeit bei der „Graphia“ in München aufgenommen wird.

Die regulären Arbeitsverhältnisse (Leistung von Ueberstunden und Einarbeiten der Arbeitszeitverkürzung) in München und Nürnberg sind sofort herzustellen.

Die Arbeitervertreter hielten darauf eine Sonderbesprechung für notwendig, als deren Ergebnis die nachstehenden Erklärungen unterbreitet wurden:

Sillier erklärte, daß die Münchener Vertreter mit der Erklärung des Schutzbundes nicht einverstanden sind, speziell bezüglich des Tarifs, und daß die Zentralleitung diese Auffassung unterstützen. Die anwesenden Arbeitervertreter haben sich aber auf folgende Gegenerklärung geeinigt:

1. Wir sind bereit, in eine Beratung über die Revision der Arbeitsbedingungen in München einzutreten, wenn die Lithographen und Steindruckereie einbezogen werden.
2. Die Beratung der Arbeitsordnung wird durch die Vertreter der in Betracht kommenden Zentralverbände vorgenommen.
3. Die Verhandlungen über beide Punkte beginnen morgen.
4. Sollte die Verhandlungen zu einem Resultat geführt haben, denen beide Parteien zustimmen, wird in München die Arbeit sofort wieder aufgenommen und in Nürnberg wird die Verweigerung der Ueberstunden sofort wieder eingestellt.

Fran Thiede erklärte namens des Verbandes der Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, daß sie sich der Erklärung Silliers voll und ganz anschließen. — Dasselbe erklärte Kloth im Namen unseres Verbandes.

Darauf betont Herr Wundsch, daß der Schutzbund diesen Vorschlägen der Arbeitervertreter nicht zustimmen kann. Eine weitere Verhandlung sei daher nicht möglich. Damit wird die Sitzung ohne Ergebnis nach sechsstündiger Verhandlung aufgelassen.

Die am anderen Tage zu einer gemeinsamen Sitzung zusammengetretenen Zentralvorstände der drei graphischen Organisationen waren sich darüber klar, daß der Schutzbund seinerseits mit Klindungen bzw. Aussperrungen vorgehen werde und die graphischen Verbände hiergegen ihre Maßnahmen treffen und mit aller Energie den Kampf um ihr Mitbestimmungsrecht über Lohn- und Arbeitsbedingungen und Abänderung der berichtigten Arbeitsordnung führen müßten.

In München hat das Hilfspersonal in mehreren Firmen am 7. Februar die Arbeit niedergelegt. Unsere Kollegen und Kolleginnen erklärten sich solidarisch und beschloßen, ebenfalls in den Ausstand zu treten. Diese geschlossene Aktion machte die Unternehmer jedoch sofort zu Verhandlungen geneigt und wurden solche für den 9. Februar angesetzt, nachdem vorher die Arbeit wieder aufgenommen worden war. Die Verhandlungen finden vor dem Gewerbegericht statt.

In Nürnberg, Fürth und Schwabach haben die dem Schutzbund der Steindruckereie angehörigen Firmen dem gesamten Personal gekündigt. Zugang ist nach diesen Orten fernzubalden.

Nach dem „Vorwärts“ vom 9. Februar machten am Abend des 8. Februar die Berliner Schutzbundsfirmen der graphischen Betriebe durch ein Zirkular, das sie unwahrheitsweise „zur Aufklärung“ betiteln, ihre Arbeiter mit ihrem Aussperrungsbeschluß bekannt. Er lautet kurz und bündig:

„Der Schutzbund deutscher Steindruckereibesitzer hat in Nürnberg in seiner Sitzung vom

28. Januar beschlossen: Sollten die wegen der Münchener Differenzen eingeleiteten Verhandlungen bis zum 3. Februar erfolglos sein, so haben zunächst die bayerischen Mitglieder am 4. und 5. Februar ihren organisierten Gehilfen zu kündigen. Kommt auch in der darauffolgenden Woche eine Einigung nicht zustande, so haben am 11. resp. 12. Februar die übrigen Mitglieder des Schutzbundes im ganzen Deutschen Reich ihre organisierten Gehilfen zu kündigen.“

In seinem „aufklärenden“ Zirkular, in dem sich der Schutzbund in Berlin an die Öffentlichkeit wendet, wird nun behauptet, daß die Münchener Differenzen die Ursache der Aussperrung seien. Dies ist eine grobe Unwahrheit! In München haben die dortigen Unternehmer die Arbeiter zu einer Tarifvorlage aufgefordert. Als die Berliner Scharmacher dies hörten, ist die Berliner Zeitung nach München gefahren und hat dort in mehrtägigen Verhandlungen die dortigen Unternehmer gezwungen, ihre Zusage zu friedlichen Verhandlungen zurückzuziehen! Nicht München, sondern Nürnberg bildet den Ursprung der Differenzen, die oben abgedruckte Erklärung des 2. Vorsitzenden der Unternehmer spricht das selbst aus. Der entfernende Kampf hat seine Ursache im Unternehmerlager und auf dieses fällt darum auch die Verantwortung für die Folgen desselben.

Die Zunahme der Frauenarbeit.

Kl. Die Erwerbslosigkeit der Frauen nimmt immer größeren Umfang an, und zwar nicht nur die selbständige, sondern vor allem die unselfständige, gegen Lohn oder Gehalt. Hand in Hand hiermit geht die unaufhaltsame Ausfüllung des alten Hauswezens und die rasche, umfangreiche Beteiligung der Frau an der gesellschaftlichen Produktion außerhalb des Rahmens der Familie. Die wirtschaftliche Umwälzung hat also auch eine Umgestaltung unserer gesellschaftlichen und familiären Einrichtungen zur Folge.

Die zunehmende Frauenarbeit wird durch die Berufs- und Gewerbezahlungen und die Statistik der Krankenversicherung nachgewiesen. Namentlich letztere gibt nach mehr als einer Richtung interessante Aufschlüsse. Die Krankenversicherung ist bekanntlich eine obligatorische Einrichtung. Sobald eine Person eine unselfständige Beschäftigung gegen Gehalt oder Lohn erweist, tritt für sie die Versicherungspflicht in Kraft und somit die Notwendigkeit, der zuständigen Krankenkasse als Mitglied anzugehören. Die Mitgliederbewegung der Krankenkassen ist deshalb ein Spiegel unseres Wirtschaftslebens und kennzeichnend für die Lage des Arbeitsmarktes.

Die amtliche Statistik der Krankenversicherung zeigt nun eine rapide Zunahme der weiblichen Klassenmitglieder. Bei sämtlichen Krankenkassen zusammen stieg von 1885 bis 1908 die Zahl der männlichen Mitglieder von 3 1/2 Millionen auf neun Millionen, das ist ungefähr um das Zweieinhalbfache. Viel stärker wuchs aber die Zahl der weiblichen Mitglieder an, nämlich von rund 1/2 Millionen auf fast 4 Millionen oder um das Vierfache. Dadurch hat sich natürlich das Zahlenverhältnis der weiblichen zu den männlichen Mitgliedern der Krankenkassen verschoben. Auf je 100 versicherte Männer kamen versicherte Frauen 1885: 22,2, 1893: 27,9, 1903: 33,2, 1907: 36,3, 1908: 36,5. Das letzte Jahr zeichnet sich durch ein verhältnismäßig starkes Vordringen der weiblichen Mitglieder aus. Die Zunahme der weiblichen Klassenmitglieder erstreckt sich auf alle Klassenarten; am stärksten war sie mit 6200 Proz. bei den Jungmutterkrankenkassen. Bei den Ortskrankenkassen betrug sie rund 600 Proz. In den einzelnen Gebieten des Reiches ist die Beteiligung der Frauen an der Krankenversicherung sehr verschieden. Am stärksten ist sie in Berlin und königlichem Sachsen.

Sehr lehrreich ist gerade die Zunahme der weiblichen Klassenmitglieder in den letzten beiden Jahren. In den Zeiten des gewerblichen Niederganges sind zwei Ursachen wirksam, welche die Ausdehnung der Frauenarbeit begünstigen. Zunächst suchen die Arbeitgeber überall, wo sie es können, mit den billigsten Arbeitskräften auszukommen. Als solche gelten leider noch die Frauen und Mädchen. Dann sind aber auch in den Zeiten der wirtschaftlichen Krise die weiblichen Arbeitskräfte in größerer Zahl zu haben. In diesen Zeiten sinkt der Verdienst der Männer. Mit dem Einkommen der Familienbäuer kann der Haushalt nicht mehr bestehen und es sehen sich die übrigen Familienmitglieder, die bisher noch nicht erwerbstätig waren, also besonders die Frauen und Mädchen, gezwungen, sich nach einem Erwerbe umzusehen. Das geht daraus hervor, daß immer in den Monaten, in denen die Nach-

frage nach männlichen Arbeitskräften nachließ, immer die nach weiblichen besonders stieg. Selbst in den Monaten, in denen die Arbeitslosigkeit überhaupt abnahm, wurden die weiblichen Beschäftigten viel weniger erheblich von dem Rückgang in Mitleidenhaft gezeugen wie die männlichen. Auf Grund der regelmäßig im „Reichsarbeitsblatt“ mitgeteilten Mitgliederbewegung von circa 3500 Krankenkassen ergibt sich für 1909 folgendes. Es nahmen in Prozenten zu (+) bzw. ab (-):

	die männlichen Mitglieder	die weiblichen Mitglieder
im Januar	- 0,48	+ 0,07
„ März	+ 3,02	+ 0,75
„ Mai	+ 1,26	+ 0,87
„ Juli	+ 0,35	- 0,22
„ September	+ 0,31	+ 1,36
„ November	- 1,20	+ 0,79

Für den November 1909 ergab sich z. B. ein Rückgang der gesamten männlichen Mitglieder (durch Einstellung von Bauarbeiten usw.) von 41 106, denen eine Vermehrung der weiblichen Mitglieder um 12 689 gegenüberstand. Im verhältnismäßig stärksten trat die Beschäftigung, d. h. die Zunahme der weiblichen Mitglieder, bei den Betriebskrankenkassen hervor. Ein weiterer Beweis für die starke Zunahme weiblicher Arbeitskräfte ist auch die Bewegung von Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt. Die Zunahme der offenen Stellen war für weibliche Personen viel erheblicher als für männliche. Nur für weibliche häusliche Dienstboten ließ die Nachfrage sehr nach. — ebenfalls eine Folge der Krise, die viele Geschäftslente, keine Beamte usw. zwang, ihre häuslichen Arbeiten möglichst selbst zu verrichten.

Die moderne Arbeiterbewegung steht nicht auf dem Standpunkt, daß die Frauenarbeit an sich, also grundsätzlich, zu bekämpfen ist. Ein solcher Kampf würde mit den Tendenzen des Wirtschaftslebens unvereinbar und auch erfolglos sein. Die Gewerkschaftsbewegung fordert aber, daß für die Frauenarbeit die gleichen häusliche Dienstboten ließ die Nachfrage sehr nach. — ebenfalls eine Folge der Krise, die viele Geschäftslente, keine Beamte usw. zwang, ihre häuslichen Arbeiten möglichst selbst zu verrichten.

Mißstände in der Kartonnagenindustrie

werden in letzter Zeit wieder einmal lebhaft in unserer Zeitung erörtert. Es wird da auf die Vereinsmeierei der Kartonnager, auf sträfliche Manieren, mangelnde Fachkenntnis, schneidiges Auftreten, rohe und brutale Behandlung, auf die Vernachlässigung der Werbearbeit unserer Kollegen unter den weiblichen Berufsangehörigen und anderes mehr hingewiesen und es muß noch — obwohl die Schilderungen leider der Wahrheit entsprechen — hinzugefügt werden, daß wir, wie uns schon die laut Beschluß der Linbacher Konferenz aufgenommene Statistik bewiesen hat, in der Kartonnagenindustrie fast durchweg noch die dürftigsten Verhältnisse in bezug auf Entlohnung, Arbeitszeit, Behandlung, sanitäre und hygienische Schutzmaßnahmen usw. aufzuweisen haben. Das ist eine traurige, aber unumstößliche Tatsache! Es fragt sich bloß, ob wir weiter mit verchränkten Armen zusehen sollen, wie sich alle diese Uebelstände Krebsartig weitverbreiten, ob und wie der unseren Verwaltungsorganen bis zu einem gewissen Grade mit Recht gemachte Vorwurf mangelnder systematischer Agitations- und Organisationsarbeit ausgeglichen werden kann. Diese Frage erfordert aber nicht nur eine Antwort, sondern zwingt uns Kartonnagenarbeiter geradezu, uns recht eingehend mit diesen Mißständen und den Mitteln zur Beseitigung derselben zu beschäftigen. Dazu gehört aber vor allem Klarheit über das Wesen der in der Branche vorherrschenden Produktionsweisen und -methoden.

Sette in früheren Jahrzehnten einer unserer „Nachgekommen“ das Bedürfnis zur Errichtung einer Kartonnagenfabrik, so war er mehr oder weniger auf geübte Arbeitskräfte angewiesen. Damit ihm diese aber nicht zu sehr auf seinen Geldbeutel drückten, wählte er sich meist zurückgebliebene Provinzorte zu seiner Niederlassung, was ihm auch hinsichtlich seines Exportes um so leichter wurde, je mehr sich die modernen Verkehrswege zu einem dichten Netz zusammenzogen. Er war dadurch nicht mehr auf bestimmte Industriegebiete gefesselt, und die entstehenden Transportkosten wurden durch unbeschämte niedriggelagerte Löhne und Affordröße auf das Hundertfache wieder herausgeschlagen. Der Fabrikant von heute braucht derartige Erwägungen und „Mühsüßen“ natürlich erst recht nicht mehr

warten zu lassen. Ihm kommen außerdem noch die Erzeugnisse der modernen Technik zu Hilfe und es steht ihm auch andererseits nichts mehr im Wege, sich selbst in solchen Industriezentren zu etablieren oder anzubiedeln, in denen das Niveau der Arbeitslöhne sich um etwas über den allgemeinen Durchschnitt erhebt. Denn er braucht dort eines übergroßen Angebots von Arbeitskräften aus allen Berufen nicht nach einer auch nur halbwegs angemessenen Entlohnung zu fragen; er zahlt, was und wieviel ihm beliebt und damit basta. Verstärkt in diesem Herrenstandpunkt wird der Unternehmer noch durch die Anzahl vorhandener und fast täglich neu erscheinender Spezialmaschinen, die ihm die Möglichkeit der intensiven Arbeitsteilung geben. Zur Inbetriebsetzung einer Kartonnagenfabrik bedarf es nur eines entsprechenden Kapitals und — eines einzigen qualifizierten Kartonnagenarbeiters, dem meist bei einer völlig unzureichenden Entlohnung alle möglichen Verpflichtungen auferlegt werden. Er hat das ungeübte Personal im Bedienen der Maschinen und den übrigen Arbeiten anzulernen und zu kontrollieren, Muster zu entwerfen und anzufertigen, Kalkulationen zu machen, Löhne und Akkordsätze nicht „überwuchern“ zu lassen, Waren und Materialbestellungen zu erledigen und nicht selten daneben noch sein Quantum Zuschnitt zu liefern. Leider übernehmen die Kartonnagenarbeiter alle die Verpflichtungen meist noch ohne jede besondere Gegenleistung. Sie bedenken nicht, daß auch sie dem Fabrikanten weiter nichts als Objekte intensiver Ausbeutung sind, sie fühlen ihre Bedürfnisse befriedigt, wenn sie verdienen, den „Vorgejekten“ spielen zu können. Daß dem so ist, haben wir schon in Nr. 42 vom vorigen Jahre nachgewiesen. Es suchen sich die Unternehmer den naiven Glauben der Zuschnneider an ihren Beamtencharakter doppelt nutzbar zu machen, namentlich dann, wenn die Zuschnneider sich zum Zwecke der Durchführung einer Forderung mit den übrigen Arbeitskollegen zusammengeschlossen haben. Sie schieben dann die „Vertrauensstellung“ des Kollegen in den Vordergrund, und wenn es ihnen dann unter Anwendung frivoller Inzidenzmaßnahmen gelungen ist, Zwietracht in die Reihen der Arbeiterchaft gebracht zu haben, dann reiben sie sich vergnüglich die Hände, haben sie doch zugleich zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen, und ihr Weizen blüht prächtiger wie je. Diese Manipulationen der Unternehmer müßten aber nun nachgerade auch unseren Kollegen beweisen, was wir ihnen immer schon zugerufen haben: sie sind ein nicht so schnell erkennbarer Faktor im modernen Produktionsprozeß, und weil die Unternehmer das sehr genau wissen, ist ihnen jede Gelegenheit und jedes Mittel gerade recht genug, den „vorgesetzten“ Zuschnneider oder Meister oder sonstige auf das Personal loslassen zu können. Es ist klar, daß solche Zustände ausgerottet werden müssen, ausgerottet werden müssen nicht nur im Interesse unserer Kollegen, sondern im Interesse des Gewerbes überhaupt. Denn die besagte Einseitigkeit des Vertragsverhältnisses ist sowohl in der Maschinen-, wie in der Bezug- und Luxuskartonnagenbranche gang und gäbe. Sie tritt aber am kraßesten da hervor, wo sich zu den vielen Verpflichtungen noch die Heimarbeit hinzugesellt. Da ist es ohne weiteres Sache des Zuschnneiders, den Heimarbeiterinnen einen bestimmten Prozentsatz von den in der Fabrik gezahlten Akkordpreisen in Abzug zu bringen. Mag er sich mit den Heimarbeiterinnen herumstreiten, mag er sich Liebenswürdigkeiten in allen Variationen an den Kopf werfen lassen, der Unternehmer fragt den Teufel danach, welche Menge von Unannehmlichkeiten und Schwierigkeiten so ein Zuschnneider jeden Tag zu überwinden hat. Für ihn kommt nur der dreimal gefällige Profit in Betracht, und wenn wir heute beobachten müssen, daß verschiedentlich schon so weit gegangen wird, sich nur noch Zuschnneider zu halten, alle vorkommenden Nebenarbeiten aber ausschließlich von Heimarbeiterinnen ausführen zu lassen, so können wir uns leicht vorstellen, welche Unsummen von Nebenarbeiten die Zuschnneider im allgemeinen im „Interesse des Geschäfts“ noch zu übernehmen und auszuführen haben. Wir sehen also, daß in Wirklichkeit der Zuschnneider dem Unternehmer mehr ein „Mädchen für alles“, denn eine „Vertrauensperson“ zu sein hat*).

Hinzu kommt noch ein weiteres wichtiges Moment, das hauptsächlich für die Tisch- und Maschinenarbeiter und Arbeiterinnen in Betracht kommt. Wie selten sich die Zuschnneider über ihre persönliche und wirtschaftliche Abhängigkeit klar werden, so oft sehen die Arbeiter und Arbeiterinnen in ihm gewissermaßen die Seele des Geschäfts. Fast regelmäßig befinden sich die Letzteren in dem ertümelnden Glauben, daß ohne die Zuschnneider die Erreichung irgend-

einer Verbesserung ausgeschlossen bzw. erschwert ist. Wichtig ist zwar, daß das einmütige Zusammenstehen aller im Betriebe Beschäftigten bei den Unternehmern in den meisten Fällen eine heftigere Wirkung auslöst, als wenn von einzelnen Kategorien vorgegangen wird. Aber es darf doch der Macht des Zuschnneiders nicht allzuviel Bedeutung beigemessen werden. Ist diese vermeintliche Wichtigkeit der Bedeutung des Zuschnneiders im modernen Produktionsprozeß bisher wohl allgemein überschätzt worden, dann muß der Glaube daran nun einmal zerstört werden. Nehmen wir z. B. an, daß in einem Orte oder einem Betriebe die Organisation so weit vorgeritten ist, daß an ein Vorgehen nach irgendeiner Richtung gedacht werden kann, so ist es für die Maschinen- und Tischarbeiter von wenig praktischer Bedeutung, ob sich die Zuschnneider diesem Vorgehen angeschlossen haben oder nicht. Denn der Zuschnneider erzeugt für den Kapitalisten trotz seiner schweren Arbeit keine direkten Werte, er bereitet die Erzeugung solcher nur vor. Haben aber diejenigen, die diese Vorbereitungen zur Erzeugung wirklicher Werte weiterführen und beenden müssen, die Maschinen- und Tischarbeiter und Arbeiterinnen, die Arbeit eingestellt, so daß bis auf die Zuschnneider der Betrieb stillgelegt ist, dann beginnt die Arbeit der Letzteren für den Unternehmer nicht nur nutzlos, sondern direkt schädigend zu werden. Denn sein in den Rohmaterialien stehendes Kapital wird durch den Zuschnitt vollständig entwertet, wenn kein kapitalistisches Prinzip, das im Material ruhende Geld durch fertige Ware recht schnell wieder zu Geld zu machen, nicht sofort in die Tat umgesetzt werden kann, wenn, mit anderen Worten, Zuschnitt auf Vorrat oder Lager angefertigt wird. Der Unternehmer wird sich im Ernstfalle also schwer hüten, sich sein Kapital auf diese Weise dezimieren zu lassen. Viel eher wird er versuchen, die Zuschnneider zur Verrichtung von Streifarbeiten zu zwingen, sofern er es nicht vorzieht, sie kurzerhand auf die Straße zu jagen. Es wird also in Zukunft nötig sein, daß sich die Tisch- und Maschinenarbeiter von ihrem mitunter ja mit einem Schein des Rechts eingenommenen Standpunkt entfernen. Man verstehe uns nicht falsch. Wir betonen ausdrücklich (auch im Vorhergehenden schon), daß Verbesserungen viel leichter und schneller da durchzuführen sind, wo das gesamte Personal in geschlossener Phalanx hinter den die Forderungen vertretenden Kollegen steht. Aber vielmehr wird durch unsere Ausführungen vermieden, daß die Tisch- und Maschinenarbeiter von der Einreichung von Forderungen nur deshalb absehen, weil einige wenige Zuschnneider die Lutscher markieren zu müssen glauben.

Wie den Zuschnneidern, so sucht man auch den Maschinenarbeitern (Prägern, Pressern, Stanzern, Nietern, Nigern usw.) geflissentlich einen Glauben an den „Vertrauensposten“, den sie angeblich innehaben, zu suggerieren. Auch ihnen ist ein mehr oder weniger großer Vermögensbestandteil in Gestalt einer Maschine „anvertraut“, den sie zu schützen und zu schonen haben unter allen Umständen. Nur ist diese Argumentation eine allzu durchsichtige, mit deren Einwurf man so ziemlich der gesamten Arbeiterchaft Deutschlands die Grundlage ihres Koalitionsrechtes entzüge. Aber auch sonst ist diese den Maschinenarbeitern gegenüber angewandte Frage nur ein Mittel zum Zweck. Ein recht sonderbares „Vertrauen“, das sie zu rechtfertigen haben unter Preisgabe ihrer gesunden Gliedmaßen! Zerquetschte Hände oder abgepreßte Fingerspitzen verbaut der unerfättliche Magen des Gottes Rammon viel leichter als eine etwa kaputt gegangene Platte, Form oder Stanze. Wenn unter den Maschinenarbeitern die Organisation noch nicht größere Fortschritte gemacht hat, so mag als Ursache der Hemmung einestheils wohl eine gewisse Zaghaftigkeit und Neugierigkeit vor der Konkurrenz des Herres der Arbeitslosen, anderenteils noch ein gut Maß von Indifferentismus anzusehen sein. Die verkehrte Würdigung der tatsächlichen Verhältnisse seitens der Maschinenarbeiter, die sich hieraus ergibt, ist ohne Zweifel hervorgerufen aus dem Umstand der totalen Verzettlung der Kartonnagenindustrie in so viele Klein- und Mittelbetriebe, in fast ebenso viele Ortschaften. Es ist ertümelnd, aber nicht tischfalsch, wenn von Maschinenarbeitern derartige Einwände noch erhoben werden. Das geht schon daraus hervor, daß es unseren Berliner Kollegen, den Nietern — die gewiß nicht mit günstigen Verhältnissen zu rechnen haben —, sogar in Zeiten wirtschaftlichen Tiefstandes gelang, gelegentlich der Tarifverneuerung noch verschobene nicht unwesentliche Erfolge zu erzielen. Eine festgefugte Organisation ist eben die sicherste Quelle wirtschaftlicher und sozialer Vorteile.

Noch ein Wort zur Arbeiterinnenfrage. Wir wollen unseren Kollegen eine Erweiterung der Schwierigkeiten hinsichtlich der Gewinnung dieser für die Organisation erpänen. Das ist schon oft genug geschehen. Wir können aber nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß sich viele Kollegen oft mit einem gewissen Vorurteil, ja sogar Widerwillen der

Agitation unter den weiblichen Berufsangehörigen widmen, nur um ihrer unabwiesbaren Pflicht genügt zu haben. Es kann ohne Einschränkung aufgestellt werden, daß eine derartige praktische Agitationstätigkeit schon eine tiefere Kenntnis des weiblichen Wesens überhaupt und deshalb eine genügende Routine erfordert, um einigermaßen befriedigende Resultate zu erzielen. Aber auf einen Hieb fällt bekanntlich kein Baum. Wenn der erste, zweite und dritte Versuch mißglückt, warum sollte es dann nicht beim vierten oder fünften gelingen, die Arbeiterin für uns zu gewinnen? Die tagtäglich zunehmende Erweiterung des Tätigkeitsbereichs der weiblichen Arbeitskraft in unserer Branche macht die Anspannung aller Kräfte und Mittel zur Gewinnung dieser für die Organisation notwendig.

In Nr. 4 unserer Zeitung schlägt nun der Kollege — vor, bei der Delegation zum diesjährigen Verbandstag nach Möglichkeit und Zweckmäßigkeit die Kartonnagenbranche zu berücksichtigen, damit den Vertretern derselben Gelegenheit gegeben wird, in Gemeinschaft mit dem Verbandsvorstand eine mündliche Aussprache über das Wie der zukünftigen Gestaltung der Agitation führen zu können. Dieser Vorschlag ist mit Freuden zu begrüßen. Wird er vom Verbandsvorstand akzeptiert, so sind wir fest davon überzeugt, daß diese Aussprache die Agitation außerordentlich beleben wird, was um so notwendiger ist, als die nun sich langsam wieder aufwärts bewegende Konjunkturperiode keinesfalls ungenutzt vorübergehen darf. Auch wären die Erfahrungen unserer sächsischen Kollegen in bezug auf Agitation, Organisation, Tarifverhandlungen und -abstufungen sicherlich wert, gehört zu werden. Die Zahl der unorganisierten übertritt die der organisierten Branchenangehörigen noch um das Vier- bis Fünffache. Es sollte darum auch der Verbandsvorstand nicht die geringen Mittel scheuen, die eventuell erforderlich werden, wenn es gilt, einen Ausgleich in diesem Mißverhältnis anzustreben. Wohl ist im Laufe der Jahre schon manches durch ihn getan worden, aber es darf gesagt werden, daß ein großer Teil unserer Kollegen den innigsten Wunsch hegt, der Verbandsvorstand möge seine bisherige reservierte Stellung der Kartonnagenbranche gegenüber (? D. A.) in Pöde aufgeben. Tut er das, dann werden die goldenen Früchte auch der Organisation, unserem Buchbinderverband, zufallen. Ir.

Internationales.

Oesterreich. Die Entwicklung, welche der Verein der Buchbinder etc. Oesterreichs trotz der Wirkungen der Krise genommen hat, ist eine durchaus zufriedenstellende. Die Zahl der Mitglieder ist um zirka 300 gestiegen (die genauen Daten liegen noch nicht in ihrer Gesamtheit vor) und dürfte am Ende des Jahres über 3700 (gegen 3428 Ende 1908) betragen. Die Gesamteinnahmen der Organisation belaufen sich auf rund 106 000 Kr. (1908 97 153 Kr.), die Gesamtausgaben inklusive der Ueberweisungen an den ausserordentlichen Unterstützungsfonds von rund 26 000 Kr. (1908 24 775 Kr.) auf rund 101 000 Kr. (1908 90 602 Kr.) Die Wirkungen der Krise zeigen sich am deutlichsten daraus, dass die Zahl der Arbeitslosigkeit, für welche Unterstützung ausgezahlt wurde, von 16005 im Jahre 1908 auf 17 400 im Berichtsjahre gestiegen ist, wobei allerdings zu bemerken ist, dass schon das Jahr 1908 als ein abnorm schlechtes zu bezeichnen war. Am klarsten zeigt sich aber die Krise in dem Umstand, dass die zumeist in Mittel- und Grossbetrieben beschäftigten Arbeiterinnen in einem Umfang arbeitslos waren, wie dies vorher nie zu konstatieren war. Auffällig und Bedenken erregend erscheint die stetig steigende Inanspruchnahme der Krankenunterstützung. —

An Lohnbewegungen war das Berichtsjahr ziemlich reich. In Mährisch-Ostau, Krakau und Brünn wurden die abgelaufenen Kollektivverträge erneuert, in Böhmisch-Leipa, Innsbruck, Krakau (jüdische Buchbinder) und Brünn (Druckerei- und Buchbinder) neue abgeschlossen. Nebst diesen Bewegungen, die sich auf sämtliche Betriebe der betreffenden Stadt erstreckten, kam es zu Bewegungen (zumeist wegen Nichteinhaltung der vereinbarten Tarife) in einzelnen Betrieben in Warnsdorf, Laibach, Prossnitz, Wien und mehreren anderen. Sämtliche Lohnbewegungen brachten den Arbeitern sehr ansehnliche Erfolge bezüglich Lohn, Arbeitszeit, Ueberstunden- und Feiertagsentlohnung, Lehrlingshaltung und ähnliches mehr. In 7 dieser Bewegungen kam es zu Streiks, die insgesamt den Betrag von 3094,56 Kronen kosteten; für fremde Streiks wurden aus der Organisationskasse 2100 Kr. verausgabt. Die wichtigste Arbeit des Vorjahres, die Revision der für Wien geltenden drei Tarife (selbständige Buchbinder, Buchdruckerei- und Steindruckerei- und Buchbinder) wurde durch Nichtkündigung der Tarife auf ein Jahr verschoben, hauptsächlich wegen der zur Kündigungs-

*) Vergl. die Statistik, nach welcher rund 90 Prozent der erfahrenen Zuschnneider noch Löhne von 11 bis 30 Mark beziehen, aber nur bei 1,1 Prozent der Lohn 35 Mark und darüber beträgt.

zeit (Ende März) drohenden Kriegsgefahr. Im laufenden Jahre wird nun diese Arbeit durchgeführt werden, sicherlich mit einem Erfolge, wie er den berechtigten Anforderungen der Arbeiterschaft entspricht. — Im März des Berichtsjahres hat die II. Generalversammlung des Vereins stattgefunden, die nebst Erhöhungen der Unterstützungen auch die Schaffung einer dritten Einzahlungsklasse (1 Kr. wöchentlich) für männliche Mitglieder mit höheren Unterstützungen beschloss. Interessant ist nun zu bemerken, dass die Bei- und Uebertritte in diese Klasse, ohne dass die niedrigere Klasse auch nur in einem Orte gesperrt worden wäre, sehr zahlreich erfolgten. („Gewerkschaft.“)

Korrespondenzen.

Deutschland: Bezug nach Krefeld, München, Nürnberg - Fürth und Falkenstein i. S. ist fernzuzahlen; gesperrt ist in Darmstadt die Firma Meß u. Sohn und Plauen i. S.

Schweiz: Ueber die Firma A. V. Heine, Siederergeschäft in Arbon, ist die Sperre verhängt.

Oesterreich: In Görz und Triest steht die Kollegenschaft in einer Tarifbewegung und ist demnach Bezug strengstens hintanzufallen. — Weiter ist Arbeitsannahme bei der Firma F. Neumann u. Sohn in Proßnitz (Mähren) zu unterlassen. In Dobornin (Borarlberg) ist ein Streik ausgebrochen. Dobornin ist gesperrt. Dergleichen Prag und Brünn.

Plauen i. A. Am 4. Februar tagte in Plauen eine stark besuchte Versammlung, die sich mit dem uns von den Prinzipalen zugestellten neu bearbeiteten Tarif beschäftigte. Pfüße referierte und stellte fest, daß von den Prinzipalen, entgegen den gemeinsamen Verhandlungen vom 29. Januar, im neuen Tarif die Arbeitszeit um 2 Stunden erhöht wurde, nämlich von 57 auf 59 Stunden. Die bereits zugeständenen Stundenlöhne hingegen wurden in allen Klassen um 2 Pf. niedriger festgesetzt. Eine Verbesserung sei das Herabgehen der Altersgrenze auf 23 Jahre, sowie die Gültigkeit der Tarifdauer von 5 auf 3 Jahre. Es war der Ablauf des Tarifes aber auch ferner auf den 31. Mai beizubehalten. Im Begleitschreiben der Prinzipale wird gesagt, daß nach reiflicher Erwägung der örtlichen Verhältnisse den Arbeitern ein weiteres Entgegenkommen gegeben werden soll. In was das Entgegenkommen bestehe, gehe aber aus dem Tarif nicht hervor, sondern nur das Gegenteil müsse konstatiert werden. Nach lebhafter Debatte wurde von allen (nur Buchbindern und Kartonnagern) mit 178 gegen 6 Stimmen beschlossen, am Sonnabend, 5. Februar, die Kündigungen einzureichen, und zum Teil noch am Abend die ausgegebenen Kündigungslisten unterzeichnet. Nach Annahme nachstehender Resolution wurde diese vorzügliche Versammlung mit einem Hochruf auf den Verband geschlossen.

„Die heute am 4. Februar im „Schillergarten“ versammelten Buchbinder, Zuschneider, Kartonnager und Hilfsarbeiter nehmen Kenntnis von dem Schreiben der Herren Prinzipale und der neuen Tarifvorlage.

Die Versammelten empfinden es als Rechtsverdreherei, wenn uns im Begleitschreiben mitgeteilt wird, es seien der Arbeiterschaft weitere Zugeständnisse gemacht, während die Tarifvorlage längere Arbeitszeit um 2 Stunden und niedrigere Löhne, als in der am 29. Januar stattgefundenen Kommissionsitzung bereits zugestanden, vorsieht. Da die Herren Prinzipale weitere mündliche Verhandlungen zurzeit ablehnen, so gebietet es uns das Rechts- und Ehrgefühl, uns unser vorerhaltenes Recht zu erkämpfen. Die Versammlung beschließt deshalb einmütig, am Sonnabend, den 5. Februar, die Kündigung einzureichen, verpflichtet jedoch die Lohnkommission, auch während der Kündigungszeit noch zu versuchen, Verhandlungen anzubahnen bezw. an die einzelnen Prinzipale heranzutreten.“

Augsburg. Am 15. Januar hielten wir unsere Generalversammlung ab, die sich, wie alle anderen Versammlungen, keines besonders guten Besuches erfreute. Da wir hier vor dem Abschluß eines Tarifes mit den Innungsmeistern stehen, sollte man meinen, die Kollegen würden aus eigenem Interesse die Versammlungen besuchen, um sich über den Stand in dieser Angelegenheit zu informieren. Dem ist aber nicht so. Mühen doch in dem letzten Quartal mehrere Versammlungen unterbleiben, weil die Zahl der erschienenen Kollegen nicht ausreichend war, um eine Versammlung abhalten zu können. Der Kassenbericht schließt mit einer Einnahme von 831,29 Mk.

und einer Ausgabe von 746,85 Mk. Die Lokalkasse weist eine Einnahme von 245,26 Mk. und eine Ausgabe von 197,27 Mk. auf. Die geschäftlichen Angelegenheiten der Zahlstelle wurden in 12 Sitzungen, 15 Mitgliederversammlungen und 8 Agitationsversammlungen erledigt. Vorträge auf wissenschaftlichem und sozialem Gebiete fanden 8 statt. Die Agitationsversammlungen fanden hauptsächlich in der zweiten Hälfte des Jahres statt, in der die Tarifbewegung ihren Anfang nahm. Im letzteren einen stärkeren Nachdruck zu verleihen, einigten wir uns mit dem christlich-graphischen Verband am Ort zum gemeinsamen Vorgehen. Jedoch ist bis zum Schluß des Jahres noch kein endgültiges Resultat vorhanden. In der hierauf folgenden Wahl wurde der bisherige Ausschuß in seiner Mehrheit wiedergewählt. Bibliothekar wurde Sonthheimer und Revisor Loibl. Die Tarifkommission wurde ebenfalls wiedergewählt. Ein Antrag, die Versammlungen jeden ersten Samstag im Monat abzuhalten, wurde nach längerer Debatte angenommen. Zum Schluß forderte Auff auf, die Versammlungen im neuen Jahre fleißig zu besuchen und dem Verbands mehr Interesse zuzuwenden.

Kiel. Aus dem Geschäftsbericht, welcher vom Kollegen Geißler in unserer Generalversammlung am 29. Januar erstattet wurde, ist folgendes zu entnehmen: Im Laufe des 4. Quartals haben stattgefunden 1 General-, 4 Mitglieder- und 3 Werkstüberversammlungen. Der Vorstand erledigte seine Geschäfte in 5 Sitzungen und war außerdem noch an 3 Sitzungen mit anderen Korporationen beteiligt. Der Mitgliederbestand am Schluß des Quartals betrug 114 männliche und 44 weibliche Mitglieder. Nachdem nun im 3. Quartal der Tarifabschluß erfolgt ist, haben leider auch die Versammlungen ihre frühere Leere wieder erlangt. Die Zahl von 35 Besuchern wird selten überschritten; der größte Teil unserer Mitglieder zieht es vor, zu Hause zu bleiben und hinterm Ofen die Früchte zu genießen, die andere für sie aus dem Feuer geholt haben; einzelne jedoch scheinen ihre Lohnzulage (auch gegen den Beschluß des Parteitag), in Schnaps und dergleichen anzulegen, um dann schwanfenden Schrittes dem heimtücklichen Herd zuzufeuern, während ihre Kollegen in die Versammlung gehen. Es ist das traurig aber wahr. Daß unter solchen Verhältnissen unsere Werbestaft für die Organisation leiden muß, ist wohl leicht einzusehen. Klagen haben wir auch zu führen über das Fehlen der Verbandsextrakte; ganze 35,80 Mk. sind im 4. Quartal als solche eingegangen. Es ist das besägend für unsere Zahlstelle, ebenso besägend ist das Bild über unsere Statistik betreffs Betätigung unserer Mitglieder auf politischem und genossenschaftlichem Gebiet. Kollegen, halten wir doch nun endlich einmal Einkehr bei uns, übe jedes Mitglied treue Pflichterfüllung, Opferfreudigkeit und Begeisterung für unsere gute Sache, dann, aber auch nur dann, werden wir weiter kommen. Den Kassenbericht gab Welp. Die Einnahme der Hauptkasse betrug 940,05 Mk., die Ausgabe 334,57 Mk. Die Lokalkasse hatte eine Einnahme von 418,46 Mk., eine Ausgabe von 166,31 Mk. Die Vorstandswahlen hatten folgendes Ergebnis: 1. Vorsitzender Geißler, 2. Vorsitzender Kockeisen, Kassierer Welp, Schriftführer Fied, Revisor Kof, Wutenuth und Kollegen Moritz, Kartelldelegierte Kof, Wehrmann und Bergt.

Von Wichtigkeit ist noch die Beschlußfassung über die Erhöhung unseres Lokalbeitrages von 5 auf 10 Pf. Da wir für die örtlichen Unterstützungs-einrichtungen mit 5 Pf. Lokalbeitrag nicht mehr auskommen, so stehen wir vor der Notwendigkeit, entweder die Unterstützungsätze zu reduzieren oder den Beitrag zu erhöhen. Um es nun allen Mitgliedern zu ermöglichen, an der Abstimmung teilzunehmen, wurde Abstimmlung beschlossen. Hoffen wir, daß unsere Mitglieder die einmal geschaffenen Krankenunterstützungsätze nicht durch die Ablehnung der geringfügigen Beitrags-erhöhung schmälern, andererseits käme ein Ueberfluß unserer sehr geschwächten Lokalkasse zugute, die eine Erhöhung des Bestandes, zum Nutzen unserer Mitglieder, sehr notwendig hätte. Auf unser 26. Stiftungsfest am 19. Februar soll hiernit noch hingewiesen werden.

Gera. „Was Lehren uns die Zeitergebnisse?“ Ueber dieses wichtige Thema sprach am 29. Januar in einer besitzend besuchten öffentlichen Versammlung Bezirksleiter Kollege Zinke-Leipzig. Einleitend stellte Redner fest, daß noch ein großer Teil der hiesigen Berufs Kollegen und Kolleginnen ihre wirtschaftlichen Interessen zu ihrem eignen Nachteil nicht wahrnehmen, was der nur mäßige Versammlungsbesuch deutlich widerspiegelt. Wenn es in hiesiger Zahlstelle gegen früher auch ein klein wenig besser geworden ist, so ist doch zu hoffen, daß die Saat der gewerkschaftlichen Agitation unter den hiesigen Buchbindern noch voll erblühen wird. Mein Kollege darf sich aus Egoismus oder gar aus Eigenbrödelci abseits von der modernen Arbeiterbewegung halten, denn schon unsere gemeinsamen wirtschaftlichen Inter-

essen allein sind genügend Grund des zwingenden Zusammenschlusses aller im Buchbindereberufe tätigen Kollegen und Kolleginnen. Die für den feineren Zusammenschluß laut sprechenden Gründe kann jeder finden, wenn er nur einigermaßen aufmerksam unsere Tagespresse verfolgt, am meisten aber sagt es ihm sein schmaler Geldbeutel. Bei den heutigen Zuständen, wo dem Arbeiter auch der geringste Gebrauchsartikel indirekt hoch versteuert wird und die knarrende Steuer-schraube noch kein Ende hat, wird es dem Arbeiter fast zur Unmöglichkeit, mit den jetzigen „horrenden“ Löhnen sich auch nur einigermaßen anständig kleiden und leben zu können. Dem ungeheuren Steuerdruck, der das gesamte Volk belastet, kann auch der Anspruchlosste auf die Dauer nicht standhalten. Nur eine starke und stoßkräftige Organisation besitzt die Macht, den ärgsten Druck der Unternehmer abzuwenden zu können. Beispiele gewerkschaftlicher Nichtigkeit sind die Verbände der Bauberufe und der der Buchdrucker. Durch straffe Organisation und große Opferfreudigkeit ist es diesen Verbänden gelungen, ihr Bestreben zum mitbestimmenden Faktor zu erheben, daher sind sie schon heute für den Unternehmer eine gefürchtete Macht. Diesen vorbildlichen Organisationen müssen wir es nachahmen und mannschaft für den Buchbinder-verband agieren und organisieren, wo sich nur immer Gelegenheit dazu bietet. Denn die niedrige Entlohnung der Provinz ist der beständig hemmende Stein, der die Gesamtorganisation lähmt und der auch seine Schatten in unbortilhafter Weise auf die Stoßkraft der Kollegenschaft in den großstädtischen Zentren wirft und diese in hohem Maße hindert, bessere Arbeitsbedingungen zu erringen.

In der Diskussion wurde gerügt, daß bei der Firma Hüting infolge der dort üblichen Saisonarbeit noch die schlechtesten Zustände zu verzeichnen seien. Mindestens 20 dort ständig arbeitende Kolleginnen und auch mehrere Kollegen wären bei dieser Firma noch zu organisieren, bisher aber ohne jeden Erfolg. Es werden in hiesigen Buchbindereien noch Löhne von 12 Mk. gezahlt, das ist ein für die Organisation beschämender Zustand, aber intensiver noch als bisher muß nun die — wenn auch mühsame — Organisation aller hier am Orte beschäftigten Kollegen und Kolleginnen einsetzen, bis daß der letzte für den Verband gewonnen.

Karlsruhe. Unsere Zahlstelle hielt am 29. Januar ihre vierteljährliche Generalversammlung ab, welche, wie auch die vorhergehenden Versammlungen, gut besucht war. Lauer erstattete den Geschäftsbericht. Nach diesem erledigte der Vorstand seine Geschäfte in 5 Sitzungen. Außerdem fanden statt: 1 Generalversammlung, 5 Mitgliederversammlungen, sowie 1 Werkstüberversammlung. Der Mitgliederbestand ging trotz mehrerer Neuaufnahmen auf 45 männliche und 10 weibliche Mitglieder zurück. Zur Gewinnung neuer Mitglieder hatte der Vorstand in Verbindung einiger Kollegen eine Hausagitation unternommen, die aber leider ergebnislos verlief, da die betreffenden Kollegen es nicht nötig haben, sich dem Verbands anzuschließen, indem sie alle „Lebensstellungen“ bei einem Lohn von 24 Mk. haben.

Laut Tarif sollte am 1. Januar 1910 die 2½ Proz. Aufbesserung eintreten, welche — bis auf einige Firmen — gezahlt wurden. Erst auf Mahnung ist dann auch von diesen die Erhöhung bezahlt worden, und wurden bei dieser Gelegenheit zugleich einige andere Mißstände beseitigt. Zur Bildung der Mitglieder fand ein Vortrag von Redakteur Weismann über: „Die Kulturverrichtungen und der moderne Arbeiter“ statt. Bei dieser Gelegenheit ist es am Platze, darauf hinzuweisen, daß sich die Kollegen bei den verschiedenen Veranstaltungen reger beteiligen möchten. Ein Mißstand, der nicht sein sollte, ist es, daß die Zahlstelle für ihren erkrankten 2. Vorsitzenden ein halbes Jahr lang keinen solchen hatte, da sich kein Kollege für ein wenig Arbeit hergeben will. Im kommenden Jahre wird hoffentlich ein besseres Zusammenarbeiten möglich sein. Hierauf erstattete Haase den Kassenbericht, wonach die Verbandskasse mit 523,70 Mk., die Lokalkasse mit 353,50 Mk. Einnahmen und 115,23 Mk. Ausgaben bilanzierte. Erfreulicherweise konnten in diesem Quartal nur wenige Reste geführt werden und hoffen wir, daß dieser günstige Kassenstand weiter anhält. Sodann fanden die Neuwahlen statt. Gewählt wurden: 1. Vorsitzender Lauer, 2. Vorsitzender Dörmann, Schriftführer und Unterstützungs-auszahler Euf, als Bibliothekar Wenz, Kassierer Haase, Revisoren Müller und Kaffner. Nachdem noch verschiedene Kommissionen gebildet worden, schloß der Vorsitzende die gut verlaufene Generalversammlung mit einigen Mahnungen, damit das Veräumte im neuen Jahre nachgeholt werde, was nicht erfolglos sein kann, wenn die Kollegen rühriger mitarbeiten.

Berlin. Die Branchenversammlung der Kontobucharbeiter und Arbeiterinnen zur Vertreterstatung sowie Neuwahl der Funktionäre fand am 31. Januar statt. Reefe als Obmann ging des näheren auf das verfloßene Geschäftsjahr ein und berichtete er in seinen Ausführungen die hauptsächlichsten

Vorkommnisse der Branche. Es haben 4 Sitzungen des Tariffchiedsgerichts sich notwendig gemacht, welche sich zum Teil mit der Regelung von Preisen an einer neu eingeführten Doppelkopf-Pagintiermaschine befaßte, sodann mußte eine weitere Sitzung Stellung nehmen zur Neueinführung von Doppelkontrollzetteln bei der Firma Moriz & Kummer. Das Personal der Firma glaubte dadurch Schikanen ausgefetzt zu sein. Der Beschluß des Tariffchiedsgerichts lautete, daß der laufende Arbeitszettel, sowie der Wochenzettel auszufüllen sei, bei Stillschaltung der Zeit am Schlusse der Arbeit auf den Arbeitszettel zu vermerken. Dieser Beschluß hat heftige Anfeindung gefunden. Doch habe die Firma ihr Versprechen, Schikane nicht entstehen zu lassen, bis dato gehalten. Die Firma Aschelm reduzierte einen Akkordpreis, das Personal verlangte Einhaltung des Tarifs. Das Schiedsgericht stellte sich auf den Standpunkt, daß für dieses Mal der alte Preis zu zahlen sei; sollte die gleiche Arbeit sich wiederholen, dann ist dieselbe nach dem allgemeinen Buchbinderarif zu entschlohen. Verhandlungen mit mehreren Firmen mußten gepflogen werden zur Einhaltung des Tarifs, sowie Aufbesserung von Akkordarbeiten. Mit der Firma „Union“ Filiale des Stuttgarter Unternehmens, welche hier hauptsächlich Lehrmittel produzieren, konnte nach einem fünf Tage dauernden Ausstand ein Vertribentarif geschaffen werden. — Ein Kollege, Paul Fürst, hat als Vertrauensmann 76 M. Verbandsbeiträge unterschlagen. Dieser Fall mag der Anlaß sein, daß es die Revisoren in den Vertributen mit ihrer Tätigkeit genauer nehmen. Reife verliert die Petition der Unternehmer an den Bundesrat, betreffend Erklärung der Brande zum Saisongewerbe, und erwidert es Heiterkeit, unter den unterzeichneten Firmen solche zu finden, welche selten einen oder zwei Gehilfen beschäftigen. In der Branche sind beschäftigt 236 männliche und 375 weibliche, insgesamt 611 Personen, sowie 25 Lehrlinge; hiervon sind organisiert 222 männliche und 325 weibliche, insgesamt 547. In die Branchenkommission wurden gewählt: Reife als Obmann, Berger, Ert, Gottesmann, Krotter, Remser, Große und Weber; als Beisitzer zur Ortsverwaltung Berger.

Ausla. Am 31. Januar fand unsere Generalversammlung statt. Der Besuch ließ zu wünschen übrig. Den Geschäftsbericht gab Thiel. Es haben im vergangenen Jahre stattgefunden: 4 General-, 9 Mitglieder- und 2 Vertributenversammlungen. Der Mitgliederbestand betrug am Anfang 24, am Ende 26 Mitglieder; der Versammlungsbesuch war gut zu nennen. In Bezug auf Agitation wurde nicht viel geleistet, hoffentlich wird in diesem Jahre etwas mehr Wert darauf gelegt. Die Einnahme betrug 135,25, die Ausgabe 19,80 M. Schäfer rügt, daß der freiwillige Lokalbeitrag seitens der Kollegen nur zum Teil gezahlt wurde. Beschlossen wurde, einen festen Lokalbeitrag von 10 Pf. pro Monat zu erheben. Es soll aber der Sekretariatsbeitrag, welcher pro Quartal und Mitglied 0,15 M. beträgt, aus der Lokalkasse beglichen werden. Die Wahl des Vorstandes hatte folgendes Resultat: Thiel, 1. Vor.; Stein, Kassierer; Reisinger, Schriftführer; Weisch, 2. Vor.; Schäfer und Wagner, Revisoren; Walter, Unterstützungszahler und Unterkaßierer; Kartelldelegierte Thiel und Weisch. Im Beschlusse wurde an das im Juli stattfindende 10. Stiftungsfest erinnert. Es soll diesmal eine größere Feier veranstaltet werden. Thiel rügt noch, daß es auch hier Kollegen gibt, welche es nicht für notwendig halten, die Versammlungen zu besuchen. Er bittet die Kollegen, dies nicht als Beispiel zu nehmen, sondern immer zahlreich in den Versammlungen zu erscheinen und sich mehr agitatorisch zu betätigen, damit wir die anderen Kollegen, die noch außerhalb des Verbandes stehen, auch noch organisieren.

Chemnitz. Am Dienstag, den 1. Februar, fand hier eine leidlich besuchte öffentliche Versammlung der hiesigen Kartonnagenarbeiter und -Arbeiterinnen statt. Pflüge referierte über: „Warum lassen Chemnitzer Kartonnafabrikanten länger arbeiten als gesetzlich zulässig ist, und wollen unsere Kartonnarbeiterinnen noch länger unentgeltlich scheuern oder das Reinigen der Werkstube aus ihrer Tasche zahlen?“ Seine Ausführungen waren aus den hiesigen Geschäftspraktiken entnommen und wurden durch dieselben geradezu traffe Zustände aufgedeckt. Wie sich die Herren Prinzipale um die gesetzlichen Bestimmungen, trotz Bekanntmachungen seitens des Stadtrates und des Gewerbeamtes, kümmern, lehrt folgendes: Mit wenig Ausnahmen wird hier durchgängig die effizienteste Arbeitszeit aufrechterhalten. Einer der Unternehmer ging zum Gewerbeamt, um anzufahren, ob denn dies alles auch wahr sei, was ihm seine Arbeiterinnen von den neuen gesetzlichen Bestimmungen sagten. Man hat ihm dort eine Antwort gegeben, nach welcher er nunmehr aufgeklärt sein dürfte. Ein anderer läßt sich von seinen Arbeiterinnen sogar die Scheuerstätten, welche zum Reinigen seiner Werkstube benutzt werden, bezahlen, und dabei verwenden die Arbeiterinnen auch noch die Mittagspause zu dieser Vertreibung ohne Entschädigung. Die Diskussion zu beiden Punkten

war eine sehr lebhaft. Der Erfolg war, daß sich mehrere Kollegen und Kolleginnen dem Verbands angeschlossen. Nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme, auch wurde beschlohen, dieselbe zu vervielfältigen und den Herren Kartonnfabrikanten zuzustellen.

Die heute am 1. Februar im „Dresdner Hof“ tagende öffentliche Versammlung der in Buchbindereien, Kartonnbetrieben und verwandten Berufen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen ist erfaunt über das Verhalten der Herren Kartonnfabrikanten gegenüber den neuen Bestimmungen der Gew.-Ordn., Verkürzung der Arbeitszeit für Arbeiterinnen betreffend. Die Versammlung beauftragt deshalb den Kollegen Pflüge, den Herren Kartonnfabrikanten diese Resolution zu unterbreiten und sie zu eruchen, den gesetzlichen Bestimmungen Rechnung zu tragen, bzw. die Arbeitsordnungen dafür abzuändern, andernfalls ohne Rücksicht der Aufsichtsbehörde Mitteilung gemacht werden soll, welche Firmen gegen das Gesetz verstößen.

Leipzig. Am Dienstag, den 1. Februar, fand die 17. ordentliche Generalversammlung der Zahlstelle statt. Der Geschäfts- und Kassenbericht für das verfloffene Jahr lag den Mitgliedern bereits gedruckt in Nr. 1 der „Mitteilungen“ vor. Es sei deshalb daraus an dieser Stelle nur folgendes hervorgehoben: Der Geschäftsgang am Orte war zu Anfang des Jahres äußerst flau und gestaltete sich erst im 3. Quartal günstiger, während er am Schlusse des Jahres als außergewöhnlich gut bezeichnet werden konnte. Zur Mitgliederbewegung ist zu bemerken, daß sich der Bestand trotz eines Zugangs von 1124, inklusive 907 Neuaufnahmen, nur um 66 gehoben hat, von 3614 auf 3680 Mitglieder. Ein deutlicher Fingerzeig, daß noch viel Arbeit zu leisten ist, um diese große Fluktuation zu verhindern. — Von der regen Tätigkeit der Ortsverwaltung inklusive der Tariffkommission sei nur die Aktion gestreift, die durch gemeinsame Vorstandskonferenzen vom 11. resp. 23. Oktober 09 dahin führte, die untariffische Frauenarbeit in Leipzig einzudämmen, und einem gesünderen Verhältnis die Wege zu ebnet. — Das Massenwesen zeigt folgendes Bild: Die Verbandskasse vereinnahmte 95 595,76 M. und verausgabte 38 846,12 M. An die Hauptkasse wurden abgeführt 48 432,20 M. (inklusive 11 332,30 M. Ertrag der hier obligatorischen Erstattungen). Die Arbeitslosenunterstützung erforderte 14 492 M., die Krankenunterstützung 12 612,05 M. — Der Kassenbestand der Lokalkasse beträgt exklusive 2241,49 M. Nebenstände 27 785,66 M. An die Volkskasernenverwaltung sind allein im verfloffenen Jahre 5587,50 M., insgesamt also jetzt 11 287,50 M. abgeführt worden. Der Fachverein, der im vergangenen Jahre sein 25jähriges Bestehen feiern konnte, hat sich erfreulich weiterentwickelt. Von 1213 Mitgliedern ist er auf 1338 gestiegen. Der Bibliothekbestand hat sich von 1754 Bücher auf 2004 erhöht. Die Benutzung ist reg, 436 Leser entnahmen 6587 Bände. Die Vereinskasse weist einen Bestand von 30 645,43 M. auf, gegen 25 569,98 M. im Vorjahre. — Bei Gelegenheit des Geschäftsberichtes forderte Pflüge auf, die für den Verkehr zwischen den Angestellten und den Mitgliedern festgesetzten Stunden einzuhalten, um ein ungeförtes Arbeiten im Bureau zu ermöglichen. Hauptsächlich betrifft dies die Arbeitslosen.

Auf die am 1. Januar in Kraft getretene Neuerung der Gewerbenovelle betreffend den früheren Arbeitsschutz an Sonnabenden und Vorabenden von Feiertagen sei hingewiesen. Laut Vereinbarung mit den Prinzipalen wird der 5 Uhr-Schluf auch auf das männliche Personal ausgedehnt; jedoch ist das Personal gehalten, in geschäftsförderlicher Zeit die Arbeit an Sonnabenden und Vorabenden um 1/2 Uhr zu beginnen. — Dem Beschluß der vorigen Generalversammlung betr. Abhaltung von Branchenversammlungen soll nach Neuwahl der Ortsverwaltung unberzüglich Rechnung getragen werden. Bei der Firma Freische haben sich in der Vorrichterei und in der Deckenmacherei erhebliche Mißstände in puncto Tarifeinhaltung herausgebildet. Da die Schuld hauptsächlich auf einige Kollegen zurückgeführt wird, die noch dazu zum Teil Verbandsmitglieder sind, sollen diese ernsthaft an ihre Pflicht gemahnt resp. mit schärferen Mitteln gegen dieselben vorgegangen werden. Hierauf erfolgte die Bekanntgabe der böswilligen Darlehensinhaber. Sollten diese ihren Verpflichtungen nicht baldigst nachkommen, so werden die Namen auch hier veröffentlicht werden. Eine rege Debatte förderte als notwendig zutage, daß neben der Ortsverwaltung noch eine besondere Agitationskommission ihrer Tätigkeit entfalten müsse, um eventuell durch Hausagitation die Indifferenten zu organisieren. Dieser Anregung wurde Folge gegeben und eine aus 4 Kollegen und 1 Kollegin bestehende Kommission gewählt. — Nachdem Pflüge den Kartellbericht gegeben, erfolgten die Neuwahlen. Aus der Ortsverwaltung scheid Hartmann aus, an dessen Stelle Thalheim gewählt wurde; als Ersatzleute wurden Peintert und Hähner, als Revisor Görnemann

gewählt. Ins Gewerkschaftskartell wurden delegiert: Zinke, Walter, Aug. Schröder, Bibel. Einige Maßnahmen des bekannten Herrn Mödel, in Firma E. M. Enders, seien noch festgehalten. In dem einen Falle hat der genannte Herr einer armen Arbeiterin eine „Strafe“ von 50 Pf. auferlegt, weil sie beim Zusammentragen einen Bogen doppelt gegriffen hat. In einem anderen Falle mußte eine Arbeiterin, von der der Herr M. wußte, daß sie keine Falzerin sei, „zur Strafe“ fassen, weil sie keine Auskunft darüber geben konnte, warum ihre Tischnachbarin nicht da sei!!! Wie lange werden sich die Arbeiterinnen der fraglichen Abteilungs wohl eine solche Behandlung noch gefallen lassen?

Rundschau.

F Arbeitsnachweis für Buchbinder in Stuttgart pro 1909. Der dem städtischen Arbeitsamt angegliederte Arbeitsnachweis der Zahlstelle Stuttgart läßt sich, soweit die männliche Abteilung in Betracht kommt, aus den Monatsnachweisen des Arbeitsamts übersehen. Wie die angemeldeten offenen Stellen, die Stellengefühe und besetzten Stellen sich auf die einzelnen Monate verteilen, zeigt folgende Zusammenstellung:

Monat	Angebotene Stellen	dabon vermittelt	Stellengefühe	dabon vermittelt
Januar	23	19	106	20
Februar	25	23	116	22
März	29	24	109	27
April	30	22	95	22
Mai	30	24	97	25
Juni	29	22	98	22
Juli	15	11	73	11
August	13	11	85	11
September	19	15	111	17
Oktober	29	24	119	28
November	25	21	77	23
Dezember	23	20	57	21
Jahr 1909	290	236	1134	249
1908	297	258	1084	270

Nach den Zahlen, insbesondere den Stellengefühen und den besetzten Stellen zu schließen, war das Berichtsjahr noch wesentlich ungünstiger als das Vorjahr. Vor einer Besserung der Konjunktur, wie sie aus anderen Berufen berichtet wird, scheinen die Resultate der Arbeitsvermittlung nichts zu entfalten; vielleicht tritt die bessere Zeit bei uns langsamer und desto sicherer ein, wie auch die Krise nur langsam hereinbrach.

h. Der deutsch-amerikanische Handelsvertrag angenommen. In größter Eile, und durchaus nicht mit der notwendigen Ruhe und Ueberlegung, ist am Sonnabend, den 5. Februar 1910 der deutsch-amerikanische Handelsvertrag im Deutschen Reichstage innerhalb von knapp 25 Minuten in allen drei Lesungen ohne eine Wortmeldung aus dem Hause beraten und angenommen worden. Demnach liegt die Situation jetzt so, daß die deutsche Einfuhr nach den Vereinigten Staaten den **Minimaltarif** mitgenießt. Minimaltarif heißt: die durch die Payne-Mdrichbill in den meisten Positionen der wichtigeren Einfuhr erhöhten Zollsätze werden auch auf die deutschen Waren angewendet. Dazu kommt noch, daß auch die neuen amerikanischen Einschätzungsmethoden, die Herabsetzung des der Verzollung zugrunde liegenden Wertes der Ware, ebenso auf Deutschland wie auf jedes andere Land angewendet wird. Der amerikanische Großhandelspreis gilt als Warenpreisgrundlage, es ist also auch diese Zollherhöhung, die in einer höheren Einschätzung der Produkte liegt, auf die deutschen Waren mit ausgedehnt worden. An sich läßt sich dagegen, daß sich die Vereinigten Staaten durch eine Zollmauer, die fortgesetzt erhöht worden ist, von ausländischen Waren absperrten, nichts sagen. Deutschland hat ja diese Politik zuerst begonnen, trägt also gewissermaßen jetzt die Folgen seiner Hochzollpolitik. Damit ist aber gar nichts für die deutsche Volkswirtschaft und insbesondere für den deutschen Arbeiter getan, der jetzt doppelt leiden muß, einmal durch die hohen Inlandspreise, da die deutsche Zollmauer das Ausland hindert, seine Produkte billig abzusetzen, zum andern durch das Ausland, welches die Einfuhr deutscher Produkte durch ebenfolche Zollmauern zu vermeiden sucht. Der Arbeiter ist immer der Zahlende. Der deutsche Arbeiter kommt, aber nur was die Einfuhr betrifft, noch etwas besser weg als der amerikanische, die aus den Minen kommenden Produkte genießen die Vertragzollsätze, die unter den eigentlichen Zolltariffen stehen, all den Ländern gewährt werden, die mit Deutschland in handelsvertraglichem Verhältnis stehen. Die amerikanische Fleischzufuhr, und ihre Erschwerung ist zuletzt nicht zum ersten Konfliktstoff geworden, weil in der Union gerade jetzt durch die Vertretung der Fleischproduzenten eine Fleischsteuerung entstanden ist, die

erleichterte Ausfuhr würde nur eine weitere Steigerung der dortigen Preise bedeuten. Alles in allem: Der deutsche Handel ist weiter erschwert worden!

Heimarbeit und Weltausstellung. Dem Sekretär des Internationalen sozialistischen Bureaus, Genosse E. Druymans, ist es gelungen, auf der diesjährigen Weltausstellung in Brüssel eine Sonderausstellung von Heimarbeitszeugnissen Belgiens zustande zu bringen. Diese Ausstellung wird naturgemäß in jelfamem Kontrast zu den übrigen Abteilungen der Weltausstellung stehen, da in ihr nicht nur die künstlerische Seite zur Darstellung kommen wird, sondern — ähnlich wie in Berlin 1906 — der Wert und das Hauptaugenmerk auf die Schattenseiten der Heimarbeit gelenkt werden soll. An den Ausstellungsgegenständen wird Arbeitslohn und Arbeitszeit zu erkennen sein, und so wird manchem ein Einblick in das Elend der Hausindustrie gegeben werden, der beim Besuch der Weltausstellung gewiß nicht an so etwas gedacht

hat. Die Heimarbeit ist in Belgien überaus stark verbreitet, soll doch ein Sechstel des erwerbstätigen Volkes in Belgien unter ihr schmachten und Löhne von 48 bis 70 Pf. bei zwölf- bis vierzehnstündiger Arbeitszeit durchaus nicht zu den Seltenheiten zählen. Im Anschluß an die Ausstellung soll ebenfalls in Brüssel ein internationaler Kongress für Heimarbeit stattfinden.

Achtung! Linierer!

Hierdurch bringen wir zur Kenntnis, daß der von der Zentralkommission der Kontobucharbeiter mit Genehmigung des Verbandsvorstandes errichtete Zentralarbeitsnachweis der Linierer seine Tätigkeit begonnen hat. Die Linierer allerorts werden hierdurch aufgefordert, sich bei Arbeitslosigkeit beim Zentralarbeitsnachweis einschreiben zu lassen. Die „Satzungen“ des Nachweises sind an die Gau- und Zahlstellenbevollmächtigten zur Verschickung gelangt und werden von diesen auf Verlangen an die Kol-

legen abgegeben. Aus denselben ist alles Nähere zu ersehen. Wir glauben mit der Errichtung des Zentralarbeitsnachweises den Wünschen der Linierer entgegengekommen zu sein, um so mehr, da die Verwendung desselben für Arbeitgeber und Arbeitnehmer vollständig unentgeltlich ist. Kollegen, welche sich arbeitslos melden und Verbandsmitglied sind, werden ersucht, dies anzugeben. Bekanntmachungen, den Arbeitsnachweis betreffend, erfolgen durch die „Buchbinderzeitung“. Alle Zuschriften sind an die untenstehende Adresse zu richten.

Zentralkommission der Kontobucharbeiter.
J. A. Dr. Meese, Mummelsburg-Verlin.
Großenerstr. 14, 2. Et.

Literarisches.

Am 1. Februar d. J. gelangte zur Ausgabe: **H. Debel, Aus meinem Leben.** Erster Teil. Verlag von J. G. W. Dieck Nachf. in Stuttgart. Preis gebunden 2 Mk.

ANZEIGEN

Zentral-Kranken- u. Begräbniskasse d. Buchbinder etc. (Eingeschr. Nilsk.) Sitz Leipzig.

Verwaltungsstelle Hamburg.

Sonnabend, den 19. Februar, abends 9^{1/2} Uhr:

Vierteljähr. Hauptversammlung

beim Kollegen **Wagt, Eisbert, Schelling-**straße 17.

Tagesordnung:

- 1. Geschäfts- und Statistenbericht.
- 2. Verschiedenes.

Um zahlreichen Besuch bittet

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Buchbinder-Verband.

Unlieb verspätet.

Unsern lieben Kollegen **Arno Hamann** nebst seiner lieben Braut die herzlichsten Glückwünsche zur Vermählung.

Zahlstelle Limbach.

Unsern wertten Kollegen **Karl Blaubut**

nebst seiner lieben Braut die herzlichsten Glück- u. Segenswünsche zur Vermählung. Die organisierten Kollegen Eilenburgs.

Unsern lieben Kollegen

Wilh. Versteegen

zu seiner Abreise nach Bingen ein herzliches Lebewohl! Zahlstelle Dürren.

Wichtig für jedes Verbandsmitglied:

Handbuch

für die Bevollmächtigten des Deutschen Buchbinder-Verbandes.

Preis für Mitglieder 1 Mk. (Porto 20 Pf. extra); für Nichtmitglieder 4 Mk. Zu beziehen durch die Exped. der Buchb.-Ztg.

Aus dem Vorwort: „Das Handbuch versucht, alle die Zweifel zu lösen, welche sich den Bevollmächtigten bei Erfüllung ihrer Pflichten in rein verwaltingstechnischen Fragen aufdrängen; aber in ebenso hohen Maße soll es ihnen zugleich ein Ratgeber sein für alle Aufgaben, die unmittelbar mit ihrer sonstigen Tätigkeit zusammenhängen.“

Jedes Verbandsmitglied, welches sich über die internen Arbeiten und Aufgaben der Dramatiker angeschlossen orientieren will, verleihe sich in den Inhalt des Handbuchs.

Deutscher Buchbinder-Verband :: Zahlstelle Leipzig

Sonnabend, den 19. Februar 1910

Gr. Humor-Abend mit Kappenfest

unter Mitwirkung der Seidel-Sänger und der Musikervereinigung in sämtlichen Räumen des Albertgarten

Einlaß 7 Uhr :: Nachdem Ball :: Beginn 8 Uhr
Einen vergnügten Abend versprechend, ladet freundlichst ein

Die Ortsverwaltung.

Programme im Vorverkauf 25 Pf., an der Kasse 30 Pf., sind bei sämtlichen Vertrauensleuten sowie im Bureau zu haben.

Berlin

Donnerstag, den 17. Februar 1910, abends 8 Uhr:

General-Versammlung

im Gewerkschaftshaus, Saal 4, Engel-Platz 15.

Tages-Ordnung:

- 1. Jahresbericht pro 1909.
- 2. Wahl eines Revisors für die Verbandskasse.
- 3. Wahl von drei Revisoren für die Zahlstelle.
- 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Zahlreichen Besuch erwartet

Die Ortsverwaltung.

1885

Frankfurt a. Main

1910

Feier des 25 jährigen Bestehens der Zahlstelle

Samstag, den 26. Februar, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, großer Saal, Am Schwanenbad 8—10:

Fest-Kommers

Sonntag, den 27. Februar, abends 6 Uhr, in den Sälen des Gewerkschaftshauses:

Großes Stiftungsfest

Konzert. — Gesangs- und humoristische Vorträge. — Ball. Festrede: Kollege Weinländer, Bezirksleiter, Nürnberg.

Wir laden hiermit unsere Mitglieder nebst Angehörigen und Bekannten sowie die Kollegen des Gaus XI und Umgebung zu zahlreichem Besuch freundlichst ein. Eintritt für beide Tage 30 Pfennig.

Festschrift: Geschichte der Zahlstellen Frankfurt und Offenbach a. Main ist erschienen. Preis 30 Pf.

Das Fest-Komitee.

Anton Spindler, Leipzig-Th.

Vorteilhafte Bezugsquelle

in besten Rotguss-Schriften, Gravuren für Presse und Handvergoldung Sämtliche Ueberzug- u. Vorsatzpapiere Japanische Neuheiten Maschinen, Werkzeuge u. Materialien zu äussersten Preisen Beste Bedienung! Grösse Musterwahl!



Kostenfreier Arbeitsnachweis für Buchbinder O. Th. Winckler, Leipzig

Inserate finden nur Aufnahme wenn ihnen der Betrag beigefügt ist.